



PLATZ DA! FREIRÄUME GRÜN GESTALTEN! ETATREDE 2014/2015

gehalten von Gabriele Thirion-Brenneisen, Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat, vor dem
Gemeinderat der Stadt Mannheim am 19. November 2013



PLATZ DA!

FREIRÄUME GRÜN GESTALTEN!

ETATREDE 2014/2015

Vorwort	2	Zustand der Schulgebäude verbessern,
Platz für: Ökologie.Klima.Energie	4	BBS angemessen ausstatten
Der Klimawandel diktiert den Handlungsbedarf		Zweiten Bildungsweg und Alphabetisierung in den Fokus nehmen
1.000 Bäume für Mannheim		Platz für: Soziales.Wohnen.Chancen
Nachhaltig Stadt und Verwaltung entwickeln		19
Ökologisches Vorbild: Die Stadtentwässerung		Wohnungslose unterstützen
Friedhöfe gehen neue ökologische Wege		Flüchtlinge dezentral unterbringen
Abfall trennen – Müll vermeiden		Integrationsfonds erhalten und ausbauen
Erneuerbare Energien ausbauen		Allengerechte Teilhabe ermöglichen
Städtische Gebäude energetisch sanieren		Sozialticket anpassen
Stadtwerke beziehen Bürger_innen mit ein		Wohnen in Zeiten des demografischen Wandels
Die Netze zurückkaufen		Miet- und Wohnungseigentum fördern
Flächenfraß stoppen – regionale Landwirtschaft ausweiten		Mannheim muss weiblicher werden
Mit Konzepten Wildtieren eine Chance geben		Prostitution-Beratungsstelle erfolgreich
Tiere in Mannheim schützen!		Mädchennotruf ist unverzichtbar
Zirkus mit Zukunft? Zirkus mit Wildtierverbot!		Geschlechterdifferenzierte Daten bereitstellen
Kinder und Jugendliche für Umweltschutz begeistern!		Kostenübernahme für Frauenhäuser regeln
Platz für: Raum.Stadt.Leben	8	Netzwerk Mädchenarbeit weiterentwickeln
Mobilität studieren		Chancengleichheitsplan mit Leben füllen
200 Jahre Rad fahren in Mannheim		Platz für: Migration.Wirtschaft.Arbeit
Mobilität überall – überall mobil		22
Lärm darf nicht mehr krank machen!		Mit der Wirtschaft neue Wege einschlagen
Die Stadt gemeinsam planen		Friedlich zusammen leben – friedlich zusammen wachsen
Konversion als Herausforderung und Chance		Brandschutzbefehlsplan jetzt umsetzen
Die Bundesgartenschau – nur gemeinsam zum Erfolg		Kommunalen Ordnungsdienst neu ausrichten
Mannheim – Stadt am Wasser		Sauberkeit in der Stadt
Die Landesbauordnung und ihre Auswirkung auf Mannheim		Transparenz bei der m:con
Die Region einheitlich planen		Platz für: Kultur.Toleranz.Beteiligung
Das Entwicklungskonzept Innenstadt verwirklichen		24
Platz für: Kinder.Jugend.Bildung	13	Kultur für alle!
Kinderbetreuung ausbauen und Qualität erhalten		Kulturpass fördern
Programm für naturnahe Außengelände in Kitas auflegen		Ganze Bandbreite der Kultur in Mannheim unterstützen
Attraktivitätsfonds kontinuierlich forschreiben		Kulturszene freier machen und breit aufstellen
Mindestqualifikation in allen Formen der Kinderbetreuung		Kultur mitten in der Stadt
Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin ausbauen		Kulturelle Bildung – von Anfang an
Eltern-Kind-Zentren verstetigen und ausbauen		Eine tolerante Stadt bekämpft Homo- und Transphobie
Interdisziplinäre Zusammenarbeit weiterführen		Für ein buntes und tolerantes Mannheim
Offene Jugendarbeit in Mannheim ausbauen		Der Demokratie Leben einhauchen
Jugendbeteiligung verstetigen –		Zukunft braucht Beteiligung
Jugendverbandsarbeit sichern		Kommunikation mit allen – Information für alle
Haus des Jugendrechts angemessen ausstatten		Das Ehrenamt würdigen
Angebote für Schul- und		Kommunale Politik stärken
Ausbildungsabrechnende beibehalten		Platz für: Sport.Freizeit.Gesundheit
Kinderarmutsleitlinien in Zielekatalog aufnehmen		28
Schuldenprävention an Mannheimer Schulen erhalten		Lebendige Freizeit- und Sportkultur weiterentwickeln
Zukunftsorientierte Bildungslandschaften entwickeln		Der 48er wird allen gerecht
Ganztagschulausbau forcieren		Gesundheit für alle
Der Gemeinschaftsschule Raum geben		Weltweite Partnerschaften –
Schulsozialarbeit auf den Berufsschulen ausbauen		Impulse für nachhaltige Entwicklung
Berufliche Schulen und Erzieher_innenausbildung stärken		Platz für: Stadt.Verwaltung.Politik
Inklusion vorantreiben statt zu verzögern		30
		Personalentwicklung und Gesundheit
		Der Verwaltungsumbau – CHANGE im Quadrat
		Beteiligungen brauchen Ziele
		Die Arbeit des Gemeinderats
		Ein neues Dezernat punktet für die Zukunft
		Schlussbemerkung und Danksagung
		32

SEHR GEEHRTE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN, LIEBE MANNHEIMERINNEN UND MANNHEIMER



Foto: Privat

Vorwort

Der Haushaltsentwurf, den wir in Händen halten, liegt nicht nur zeitlich zwischen zwei Wahlen, sondern wird von beiden auch stark beeinflusst. Die Bundestagswahl und die aktuell stattfindenden Koalitionsverhandlungen entscheiden maßgeblich über die rechtliche Stellung und die finanzielle Ausstattung der Kommunen in den kommenden vier Jahren. Die im Mai anstehenden Kommunalwahlen haben dazu geführt, dass wir einen Haushaltsentwurf vorgelegt bekommen haben, der niemandem weh tut. Leider führt beides auch dazu, dass zentrale Punkte nicht oder nur unzureichend angegangen werden.

Der dringend notwendige ökologische Umbau unserer Gesellschaft tritt bestenfalls auf der Stelle, sogar Rückschritte sind nicht ausgeschlossen. Energiewende wird zum Unwort, die erneuerbaren Energien zum Buhmann. Ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit zeichnet sich auch in einer neuen Konstellation auf Bundesebene nicht ab. Der demografische Wandel mit seinen tiefgreifenden Auswirkungen auf alle Bereiche des Zusammenlebens zeigt erste Auswirkungen, ohne dass wir Antworten parat hätten. Der Paradigmenwechsel von Quantität hin zur Qualität, den wir uns auf kommunaler Ebene vom Einstieg ins Neue Kommunale Haushaltrecht und von der Doppik erhofft haben, findet bisher nicht statt. Freiräume werden weiter eingeengt statt sie den Menschen zur Gestaltung zu überlassen.



Die Mannheimer Stadtgesellschaft ist nach dem Bürger_innenentscheid zur Bundesgartenschau vielleicht nicht gespalten. Sie ist aber auf jeden Fall auch nicht mehr vereint im „Mannheim sein!“ Große und prestigeträchtige Projekte sind kein Selbstläufer mehr wie noch vor wenigen Jahren. Die Menschen fragen und rechnen nach. Sie wollen, dass ihre Stimme gehört und ihre Meinung berücksichtigt wird. Mannheim ist beim Thema Beteiligung besser geworden, nicht umsonst werden zwei Mannheimer Projekte als Vorbilder in einer aktuellen Beteiligungsbrochüre des Landes genannt. Zu unserem großen Bedauern sind wir aber noch nicht bei einer Beteiligung der Bürger_innen an der Gestaltung des Haushalts angekommen. Hier sind viele andere Städte deutlich weiter.

Immer mehr Menschen fordern ihren Raum, im eigentlichen und im übertragenen Sinn. „Platz da!“ ist deshalb kein Synonym für einen größer werdenden Egoismus und den stärkeren Einsatz von Ellbogen, sondern eine Aufforderung an die Gesellschaft im allgemeinen und die Politik im Besonderen, den Menschen ihre Freiräume zurück zu geben, ihnen zuzuhören, ihre Wünsche zu berücksichtigen.

Anders als in den vergangenen zwei Haushaltberatungen können wir heute feststellen, dass die wirtschaftlichen Rahmendaten für die Aufstellung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2014/2015 solide sind. Grundlage dafür sind nicht zuletzt die Steuerentscheidungen der letzten Haushaltsberatungen, ohne die die Stadt finanziell deutlich schlechter dastünde. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ermöglichen es jedoch nicht, den notwendigen Bedarf an Finanzmitteln zur Verfügung zu stellen, um zeitgleich bei Verschuldungsabbau, Sanierung und strukturellen Verbesserungen in großen Schritten voranzukommen. Wir wollen aber in allen drei Bereichen zumindest spürbare Ergebnisse erreichen. Investitionen sind in angemessener Höhe eingeplant. Wichtig ist, dass diese Investitionen auch tatsächlich durchgeführt werden. Beim Abbau der Verschuldung ist auch ein Abbau von Kämmereschulden und nicht nur im Bereich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte wünschenswert. Die strukturelle Verbesserung des Zusammenlebens sehen wir bisher kaum realisiert. Auch hier wollen nachsteuern.

Mit dem letzten Haushalt wurde das Neue Kommunale Haushaltrecht (NKHR) eingeführt. Das hat zu einer besseren Darstellung des jährlichen Vermögensverzehrs geführt. Hieran gilt es weiterzuarbeiten, um die notwendigen Instandhaltungskosten

und den Sanierungsstau besser abzubilden und besser zu bearbeiten. Mit diesem Haushaltsentwurf wird die Verknüpfung mit Zielen anvisiert. Die Idee dieser Systematik unterstützen wir. Es muss sich nun zeigen, wie diese Art der Steuerung sich umsetzen lässt. Wir müssen auch überprüfen, wie diese Systematik mit zukünftigen Haushaltstrukturprogrammen zu vereinbaren ist. Wir erwarten, dass ein solches Programm in offener Diskussion mit dem Gemeinderat erarbeitet wird. Kurzfristig vorgelegte Haushaltstrukturprogramme, die in ihrer gesamten Tragweite kaum vom Gemeinderat zu überschauen sind, sehen wir nicht als zukunftsfähig an.

Die weitere Entwicklung der städtischen Finanzen verläuft parallel zur Entwicklung der Konjunktur, die wiederum von der weiteren Stabilisierung der finanziellen Situation in Europa abhängt. Hier liegen Risiken, die von der Kommune nur in begrenztem Maß abgefangen werden können. Die Kommunen in Deutschland sind weiterhin strukturell unterfinanziert, dementsprechend fällt eine angemessene Risikoabsicherung schwer. Gerade den Kommunen mit großen sozialen Herausforderungen stehen für ihre Aufgaben nicht ausreichend Einnahmen zur Verfügung. Hier ist der Bund klar in der Pflicht. Versprechen gegenüber den Kommunen wie zum Beispiel bei der Eingliederungshilfe, die u.a. durch ein Bundesteilhabegesetz eingelöst werden müssen und bei den Kosten der Unterkunft muss der Bund einlösen und seine Verantwortung übernehmen. Denn die steigenden Ausgaben im Sozialbereich prägen den städtischen Haushalt spürbar. Die sozialen Rahmenbedingungen in diesem Land werden aber in erster Linie durch Bundesgesetzgebung gestaltet. Folgerichtig müsste der Bund die finanziellen Folgen seiner Entscheidungen tragen und nicht die Kommunen. Die Übernahme dieser Kosten fordern wir im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt vehement ein.

Der vorliegende Haushaltsentwurf der Stadt Mannheim stellt im Wesentlichen eine Fortschreibung des letzten Doppelhaushaltes dar, ergänzt um die finanziellen Auswirkungen der Gemeinderats-Entscheidungen der letzten zwei Jahre. Bei den letzten Haushaltsberatungen haben wir die Rückführung des Gewerbesteuersatzes auf den alten Hebesatz beschlossen. Diese Entscheidung war richtig und notwendig. Die Einnahmen helfen uns Schulden zu tilgen, Investitionen durchzuführen und das Zusammenleben in dieser Stadt strukturell zu verbessern. Diesen Weg gehen wir weiter: Wir werden aktiv werden und in allen Themenfeldern für mehr GRÜN in dieser Stadt sorgen.



PLATZ FÜR: ÖKOLOGIE.KLIMA.ENERGIE



Foto: flickr alva-chien

Der Klimawandel diktiert den Handlungsbedarf

Der Klimaschutz ist, das zeigen gerade wieder die aktuellen Ereignisse und Diskussionen, eine der zentralen gesellschaftlichen und politischen Aufgaben.

Um schwerwiegende und unumkehrbare Folgen für Natur und Umwelt zu vermeiden, haben sich die europäische Union und Deutschland 2007 zum Ziel gesetzt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dazu sollen folgende Ziele bis zum Jahr 2020 erreicht werden:

- Reduzierung der Treibhausgase um 20%;
- Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20%;
- Steigerung der Energieeffizienz um 20%.

Wir müssen in Mannheim unseren Teil dazu beitragen, dass diese Ziele erreicht werden. So lässt sich auch die Lebenssituation der Mannheimer Bürger_innen dauerhaft verbessern.

Angelehnt an das baden-württembergischen Klimaschutzkonzept und das Energiekonzept des Verbands Region Rhein-Neckar sehen wir Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- die energetische Sanierung von Gebäuden muss weiter vorangetrieben werden;
- wir müssen eine umweltfreundliche Mobilität als attraktive Alternative zum Autoverkehr ermöglichen;
- die Energieeffizienz in Industrie, Handel, Gewerbe, Verwaltung und Haushalten muss steigen;
- wir müssen den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter unterstützen;
- Be- und Entlüftungsschneisen müssen erhalten bzw. zurück gewonnen werden.



1.000 Bäume für Mannheim

Mannheims Bürger_innen haben ein Herz für ihre Bäume! Das zeigt sich beispielhaft an der Augustaanlage. Durch die Massaria-Krankheit waren die Platanen stark geschädigt und mussten gefällt werden. Mit der Unterstützung vieler Bürger_innen und ansässiger Unternehmen konnten nach und nach neue kräftige Bäume gepflanzt werden.

Auch der Bürger_innenpark in Feudenheim, für den die Mannheimerinnen und Mannheimer über 1.000 Bäume gespendet haben, zeigt unsere Verbundenheit mit den ökologischen Schattenspendern, die eine wichtige Rolle für das Stadtklima spielen.

Im Stadtgebiet stehen derzeit über 1.000 Baumscheiben leer und warten darauf, dass neue Bäume nachgepflanzt werden. Wir setzen uns dafür ein, an diesen Stellen sukzessive Bäume nach zu pflanzen und dafür entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Ein finanzieller Beitrag mit großem Nutzen für die Lebensqualität in Mannheim.

Nachhaltig Stadt und Verwaltung entwickeln

Wir fordern die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts für Mannheim. Dieser dient den Bürger_innen zur Information und liefert der Politik wichtige Handlungsempfehlungen. Der Bericht soll alle zwei Jahre fortgeschrieben werden und deutlich sichtbar machen, welche Kriterien erfüllt werden und welche nicht. Er soll auch einen Überblick über die jeweils gültigen Gesetze auf Landes-, Bundes- und Europaebene geben.

Ökologisches Vorbild: die Stadtentwässerung

Der städtische Eigenbetrieb Stadtentwässerung geht mit gutem Beispiel voran! Wir begrüßen das Konzept zur Energieeinsparung durch eigene Erzeugungsanlagen und fördern Umsetzungskonzepte in den Bereichen Klärschlamm trocknung und Wärmeerzeugung. Ebenso unterstützen wir die Verbindung von Klärleistungen mit Strom- und Wärmeerzeugung.

Das Konzept Kläranlage 2020 zeigt, dass die Folgen des Klimawandels in der Beseitigungsanlage berücksichtigt werden müssen. Starkregenereignisse werden weiter zunehmen und werden bei der Änderung von Fließrichtungen berücksichtigt. Diese Erkenntnisse werden bei der Erneuerung unseres rund 800 Kilometer langen Kanalnetzes bedacht

und die Bevölkerung bei den Planungen wie zum Beispiel im Mörchfeld einbezogen.

Friedhöfe gehen neue ökologische Wege

Die Friedhöfe sind für uns wichtiger Bestandteil öffentlichen Grüns. Auch der Eigenbetrieb Friedhöfe geht neue ökologische Wege, die wir begrüßen. Das Wasserkonzept für den Hauptfriedhof bewerten wir sehr positiv. Auch andere Ökokonzepte im Bereich der Beschaffung von Urnen, Särgen und Totenbekleidung mit weniger Schadstoffanteilen finden unsere Unterstützung. Wir begrüßen es, dass unsere langjährige Forderung jetzt endlich umgesetzt wird und bei der Beschaffung von Grabsteinen auch in Mannheim Kinderarbeit endlich ausdrücklich ausgeschlossen wird.

Abfall trennen – Müll vermeiden

Noch immer liegt die Pro-Kopf-Menge an Restmüll in Mannheim deutlich höher als in vergleichbaren Städten. Das wollen wir durch eine verstärkte Aufklärungsarbeit ändern. Beratungsteams sollen dabei nicht nur Privatpersonen, sondern auch Gewerbe, Gastronomie und andere zu verstärkter Mülltrennung und Müllvermeidung bewegen. Gerade im Bereich des Gewerbemülls sehen wir großen Verbesserungsbedarf.

Erneuerbare Energien ausbauen

Ein besonderes Anliegen ist uns der Ausbau der regenerativen Energien in Mannheim. In diesem Zusammenhang soll, gemeinsam mit der Energiegenossenschaft und den Energieerzeugern, auch die Windkraft in Mannheim gefördert werden.



Foto: Erhard Renz



Für mehr Energieeffizienz müssen Energiesanierungsmaßnahmen in privaten und öffentlichen Gebäuden noch stärker gefördert werden. Hier können große Effekte mit verhältnismäßig geringem Aufwand erzielt werden. Ebenso muss die Energiesuffizienz stärker berücksichtigt werden, auch wenn eine Unterstützung hier schwieriger ist.

Auch und besonders auf den Konversionsflächen darf die Fotovoltaik nicht vergessen werden. Mannheim mit seiner großen Zahl an Sonnenstunden ist dafür besonders geeignet.



Foto: flickr MarcoG. Photography - Marco Giglio

Städtische Gebäude energetisch sanieren

Die energetische Sanierung der städtischen Gebäude ist aus finanzieller und ökologischer Sicht dringend notwendig und wird noch dazu durch das baden-württembergische Klimaschutzgesetz bald zur Pflicht. Die Umstellung der Heizungsanlagen nach dem Erneuerbare Wärme Gesetz ist für uns ebenfalls ein gesetzter Sachverhalt und sollte im Haushalt abgebildet werden. Generell müssen von der Verwaltung Sanierungsfahrpläne erstellt und verbindlich umgesetzt werden.

Stadtwerke beziehen Bürger_innen mit ein

Die Beteiligung der Stadt an der MVV Energie AG ist und muss auch in Zukunft über 50% sein und bleiben. Die Investitionen für Windanlagen und andere regenerative Erzeugungsanlagen sollten durch Rücknahme von Beteiligungen erfolgen. Dadurch könnte die MVV Energie AG ihr Profil als „Zukunfts-macher“ deutlich schärfen.

Eine Rückführung von Teilen der MVV GmbH in ein Mannheimer Stadtwerk könnte für uns unter dem Gesichtspunkt der dezentralen Erzeugung von Wasser, aber auch von Strom und Wärme ein wichtiger Baustein einer Mannheimer Klima- und Energiepolitik sein. Diese Stadtwerke könnten in Zusammenarbeit mit den städtischen Eigenbetrieben ihre Produktpalette deutlich erhöhen, wenn sie die jetzigen Aktivitäten wie zum Beispiel die Wärme- und Stromerzeugung der Kläranlage bei den Stadtwerken vermarkten würden. Aber auch Erzeugungskapazitäten der Nationaltheater-Energiefassade oder des Energiedachs könnten Betätigungsfelder von kommunalen Stadtwerken sein. Ebenso wäre die Einbeziehung von Bürger_innen in Kooperationen mit Energiegenossenschaften einfacher und klarer. Dabei sollten auch Erzeugungsbereiche für regenerative Energieformen in Mannheim Einzug finden.

Wir begrüßen ausdrücklich die Standortvorschläge des Nachbarschaftsverbands Mannheim-Heidelberg auf Mannheimer Gemarkung. Diese setzen unserem Kohleportal im Süden der Stadt einen Kontrapunkt mit Zukunftsenergieformen im Norden entgegen.

Die Netze zurückkaufen

Wir GRÜNE sehen langfristig den Rückkauf der Verteilnetze als wichtige Voraussetzung um bei der Energiewende Bürger_innen zu beteiligen. Gerade



bei Verteilnetzen wird eine Neuausrichtung der Fließrichtungen sowohl vom Erzeuger aber auch hin zum Erzeuger eine Herausforderung für den Betreiber sein.

Flächenfraß stoppen – regionale Landwirtschaft ausweiten

Wir brauchen eine wirksame Beschränkung des Flächenverbrauchs für Siedlung und Verkehr. Weitere Landschaftszerschneidung und Zerstörung unserer Kulturlandschaft müssen endlich gestoppt werden.

Mannheim als Großstadt braucht eine Ausweitung der regionalen Landwirtschaft. Auf städtisch verpachteten landwirtschaftlichen Flächen bevorzugen wir zukünftig Biolandwirtschaft. Den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft lehnen wir (nicht nur) in Mannheim weiterhin strikt ab. Hofläden sind gute Alternativen zum Supermarkt und stärken die örtliche Versorgung mit regionalen Lebensmitteln.

Platz schaffen müssen wir aber auch für gemeinschaftliches Gärtnern. Gemeinschaftsgärten, Internationale / interkulturelle Gärten, Mobile Gärten und Urban Gardening mögen sich in Details unterscheiden, sie alle eint aber die Idee, ein gemeinschaftliches Naturerlebnis in den städtischen Raum zurück zu holen. Diese Pläne unterstützen wir – nicht nur anlässlich der Bundesgartenschau.

Wir fordern die Umsetzung der Biotopvernetzungsplanung Mannheims im Rahmen des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000, um die Wanderung von Tierarten zu erleichtern.

Für die Pflege bestehender Parks und Gärten müssen ausreichend Haushaltsmittel bereitstehen, um deren Aufenthaltsqualität zu erhalten.

Mit Konzepten Wildtieren eine Chance geben

In diesem Jahr hat sich der runde Tisch „Schwarzwild“ gegründet, der Akteure aus vielen verschiedenen Bereichen zusammenbringt und berät, wie man die Wildschwein-Population so gering wie möglich hält. Die angedachten Maßnahmen können zum Teil kostenintensiv werden. Wichtig ist, dass nicht nur in Jagdausstattung, sondern auch in Freiflächen investiert wird. Wir brauchen Konzepte, die den Tieren eine Chance geben und berücksichtigen, dass nicht mehr Eingriffe in die Natur zum Ziel führen, sondern weniger.

Tiere in Mannheim schützen!

Das Mannheimer Tierheim und der Tierschutz-Verein leisten gute Arbeit. Es kommen immer mehr Aufgabenbereiche und neue Herausforderungen auf sie zu. Mit der Zunahme der Anzahl exotischer Tiere, die immer häufiger abgegeben werden, stoßen sie langsam an ihre Kapazitätsgrenzen. Auch das Thema Fundtiere ist ungeklärt. Die Kommunen sind verpflichtet, sich um besitzer_innenlose Tiere zu kümmern, sich ihrer anzunehmen und die Kosten für Unterbringung und Versorgung zu zahlen. Bislang ist nicht eindeutig geklärt, wer diese Aufgaben in Mannheim übernimmt. Das muss sich dringend ändern! Es ist nötig neben der Klärung der eindeutigen Zuständigkeit einen Notfall-Tierschutzfonds einzurichten, der in Notsituationen unbürokratisch hilft.

Zirkus mit Zukunft? Zirkus mit Wildtierverbot!

Seit Jahren wird auf verschiedenen Ebenen versucht, ein Wildtierverbot für Zirkusse zu erwirken. Bislang wurde es auf Bundesebene nicht eingeführt, obwohl sich der Bundesrat bereits mehrmals dafür eingesetzt hat. Andere Städte haben es uns vorge macht und sind selbst aktiv geworden. Sie haben ein Platzverbot für Fahrbetriebe, die Wildtiere mit sich führen, erlassen. Mannheim muss endlich Verantwortung für unsere vierbeinigen Mitlebewesen übernehmen und sich diesen anderen Kommunen anschließen. Wir dürfen nicht länger die Gewinne aus der Vermietung von Plätzen über den Tierschutz stellen.

Kinder und Jugendliche für Umweltschutz begeistern!

Es ist wichtig Kinder und Jugendliche durch entsprechende Projekte für ihre Umwelt und deren Schutz zu begeistern. Besondere Aufmerksamkeit sollen – durch geeignete Projekte – Eltern mit Migrationshintergrund und Eltern aus bildungsfernen Schichten erfahren



PLATZ FÜR: RAUM.STADT.LEBEN



Foto: flickr Allesandro Tortora

Zukunftsgerechte Mobilität ist vernetzt. ÖPNV, CarSharing und stellplatzungebundene Leihautos ohne Reservierung (free floating carsharing) sowie Rad- und Fußverkehr müssen intelligent verknüpft und priorisiert werden. Klima, Lärmschutz und Gesundheit verlangen nach der Stärkung des Rad- und Fußverkehrs. Dafür investieren wir in Mannheim nach wie vor zu wenig. Es fehlt auf dem Weg zu einer rad- und fußgängerfreundlichen Stadt an Dynamik.

Ebenso kommt die regionale Abstimmung zu kurz. Vor allem im Hinblick auf die Zukunft der Hochstraße in Ludwigshafen müssen Mannheim und Ludwigshafen sich eng mit einander abstimmen.

Mobilität studieren

Der Individualverkehr wird – gerade in Ballungsgebieten – immer weiter zurückgedrängt und durch Beförderungsketten ersetzt. Über diese wissen wir noch zu wenig. Die Erstellung einer Mobilitätsstudie für Mannheim in Zusammenarbeit mit der Metropolregion und den Verkehrsunternehmen muss ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit sein

Gerade für Mannheim ist das Zusammenspiel der Verkehrsmittel einfach umzusetzen, da es viele

Möglichkeiten gibt sich von A nach B zu bewegen. In den neuen Mobilitätszentralen werden diese Wege individuell aufgezeigt. Der RNV hat schon ähnliche Überlegungen angestellt und Modelle entworfen. Für uns ist es wichtig, dass die politische Gesamtsteuerung unter Einbindung Mannheims und der Region erfolgt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, eine solche Mobilitätsstudie in Zusammenhang mit dem Nahverkehrsplan zu erstellen und dabei die bisherigen Konzepte und Untersuchungen einzubeziehen. Die Mobilitätsstudie kann unter Federführung des Verbandes Region Rhein-Neckar erstellt werden, soll aber sämtliche Interessengruppen und Beförderungsunternehmen einbeziehen.

200 Jahre Rad fahren in Mannheim

Am 12. Juni 1817 unternahm Karl Drais die erste Fahrradfahrt der Geschichte. 200 Jahre Fahrrad in Mannheim sollte ein Grund zum Feiern sein. Aber es gibt Anlass zur Sorge: Mannheim ist mit den Umsetzungen von Fahrradinfrastrukturplänen und dem 21 Punkte-Programm für mehr Radverkehr im Hintertreffen. Um bis 2017 deutliche Verbesserungen zu erreichen, bedarf es eines konsequenten und mutigeren Vorgehens.



Vorbereitung Fahrradjubiläum 2017: Das Fahrradjubiläumsjahr birgt große Chancen sich als traditionelle Erfinder- und zugleich als zukunftsorientierte Stadt zu präsentieren. Die Vorbereitung für dieses Jubiläum muss jetzt beginnen.

Mittel beim Radwegebau übertragen: Gelder für nicht realisierte Projekte (mangels Rückmeldung bei Ausschreibungen oder fehlender Bauleitung) müssen übertragen werden.

Investitionssumme beibehalten: Die Mittel von bisher 700.000 Euro für die Radverkehrsförderung dürfen nicht heruntergefahren werden.

Ringschluss: Die Radspuren auf dem Ring müssen geschlossen, die restlichen Teilstücke sollen in 2014 und 2015 umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Bismarckstraße, deren Umbau nicht weiter verzögert werden darf, auch um nicht den Ludwigshafener Brückenplänen ins Gehege zu kommen.

Konversion: In den Planungen für die Konversionsflächen sind großzügige Rad- und Fußwege und wo immer möglich autofreie Zonen zu berücksichtigen.

Eugen-Neter-Schule: Fast 1.000 Unterschriften wurden von Eltern und Lehrern für die Einrichtung eines Fuß- und Radweges zur Eugen-Neter-Schule gesammelt. In Gesprächen mit dem Land Baden-Württemberg kann für eine spezielle Förderung nachverhandelt werden. Hier nicht weiterzukommen und den Geh- und Radweg abzulehnen, wäre komplett beschämend. Wir wollen die Umsetzung in den kommenden Jahren erreichen.

Marketing: Der Radsalon und weitere Marketing-Projekte für zukunftsgerechte Mobilität sind notwendig um Dynamik zu erreichen. Die Mittel hierfür müssen in bisheriger Höhe beibehalten werden.

Mobilität überall – überall mobil

eMobilität und andere ökologisch verträgliche Antriebe von Autos müssen in Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen als sichtbare Alternativen im Stadtgebiet platziert werden.

CarSharing ist ein wichtiger Bestandteil zukunftsweisender Mobilitätsplanung. Dabei sind uns die stellplatzungebundenen Leihfahrzeuge und auch das klassische CarSharing-Modell wichtig. Die Landesbauordnung bietet Städten inzwischen verschiedene Möglichkeiten, um Stellplätze für CarSharing-Fahrzeuge zu reservieren. Wir fordern, dass die Stadt Mannheim diese Möglichkeiten umfassend nutzt.

Infrastruktur: Unsere Priorität liegt auf der Sanierung und Erweiterung der bestehenden Verkehrswege. Diesem Prinzip wollen wir auch in Mannheim folgen. Daher fordern wir, die im Haushaltsentwurf für die Westtangente vorgesehenen Mittel stattdessen für Erhalt und Sanierung bestehender Stra-

ßen zu nutzen.

Verkehrslandeplatz Neuostheim: Die Schließung des so genannten City-Airports ist für uns alternativlos. Ein Flugplatz in dicht bebautem Gebiet hat keine Zukunft. Er entspricht nicht den heutigen technischen Anforderungen und belastet die Bürger_innen mit Lärm und Abgasen. Der weitere Betrieb verursacht für die Stadt Mannheim unnötige Kosten. Die Flughäfen Frankfurt und Stuttgart sind nicht weit entfernt und mit der Bahn gut zu erreichen. Somit besteht keine Notwendigkeit, den Verkehrslandeplatz weiter zu betreiben.

ÖPNV: Wir brauchen dringend eine bedarfsgerechte Fortschreibung des Nahverkehrsplans. Auch bei den Taktzeiten sehen wir noch Optimierungsmöglichkeiten.

Fußverkehr: Zu Fuß gehen muss in Mannheim wieder attraktiver werden. Eine Ausweitung der Fußgängerzone auf Kunststraße und Fressgasse, aber auch Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen um die Lebensqualität zu steigern sind für uns wünschenswert. Attraktive Wegegestaltung, getrennt von Radwegen, reduzieren Gefährdungsstellen und sind vor allem für Kinder von Vorteil.

Parken: Der Bau von Parkhäusern innerhalb des Rings ist für uns ein Irrweg. Stattdessen müssen wir Park-and-Ride weiter ausbauen.

Lärm darf nicht mehr krank machen!

Wir fordern dringend die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan. Lärm macht nachweislich die Betroffenen krank und beeinträchtigt das Leben in Teilen unserer Stadt erheblich. Um die Lärmbelastung zu verringern kommen unterschiedliche Maßnahmen in Frage. Dazu gehören nicht zuletzt die Reduzierung der Durchfahrtsgeschwindigkeit auf 30 km/h in Wohngebieten und nächtliche Durchfahrtsverbote für bestimmte Straßen.



Foto: flickr MarcoG. Photography - Marco Giglio



Die Stadt gemeinsam planen

Es ist wichtig, dass die Stadtplanung die Interessenaller Menschen in Mannheim einbezieht. So haben Frauen ein anderes Mobilitätsverhalten als Männer und Kinder sehen die Stadt aus einer gänzlich anderen Perspektive als Erwachsene. Für Menschen mit Beeinträchtigungen stellen sich vielfältige Probleme im alltäglichen Leben. Sie alle sollen sich in Mannheim zuhause fühlen, den öffentlichen Raum nutzen und ihre täglichen Wege sicher zurücklegen können.

Konversion als Herausforderung und Chance

Die Konversionsflächen sind eine Herausforderung für unsere Stadt und gleichzeitig eine große Chance zur Stadtentwicklung. Mannheim kann wachsen durch den Zuzug von Familien, durch Angebote für preiswerten Wohnraum gerade für Alleinerziehende und Menschen, die von Armut bedroht sind; aber auch durch attraktiven Wohnraum für besser Verdienende. Gleichzeitig gilt es die Interessen von Handel und Gewerbe zu berücksichtigen. Außerdem bieten uns die Konversionsflächen die einzigartige Chance, in großem Maßstab Flächen für die Natur zurück zu gewinnen. Die Entwicklung der Konversionsflächen bietet zugleich die einzigartige Möglichkeit innovative quartierbezogene Energiekonzepte – insbesondere unter Einsatz erneuerbarer Energien – zu entwickeln. Wir sind gefordert, die richtige Mischung zu finden.

Bürger_innenbeteiligung ist – nach dem Kauf – an jedem Punkt der Entwicklung einer Konversionsfläche von zentraler Bedeutung und muss weiterhin gefördert werden. Der runde Tisch Gemeinschaftliches Wohnen gibt zu den verschiedenen Wohnformen wichtige Anregungen. Ganz generell ist die bürger_innenschaftliche Begleitung zu Turley beispielhaft für andere Konversionsflächen. Hier werden verschiedene Wohnformen Platz finden. Der Turley-Beirat, in dem die Akteure schon heute auf dem Gelände zusammen kommen und sich austauschen, kann Beispiel sein für das spätere gute Zusammenwirken der einzelnen Akteure, die sich auf Turley nieder lassen wollen.

Wichtig ist bei der Entwicklung der Konversionsflächen, dass die Umgebung einbezogen wird. So darf bei der Entwicklung von Turley der gegenüberliegende Eisenlohrplatz nicht vergessen werden. Bei der Entwicklung von Taylor muss an eine Anbindung bzw. Weiterführung des zentralen Grünstreifens in die Vogelstang hinein sowie eine gute ÖPNV-Anbindung gedacht werden.

Die eigentliche Herausforderung wird das Benjamin Franklin-Village sein: Wie kann hier ein neuer Stadtteil entstehen, der gleichzeitig mit den anderen Stadtteilen verbunden ist? Ein Stadtteil, der sich mit regenerativen Energien selbst versorgen kann? Der eine gute Infrastruktur wie Kindertagesstätten, Schulen Sport- und Freizeitflächen, Einkaufsmöglichkeiten vorhält? Wie wird eine gute ÖPNV-Anbindung möglich? Und wie schaffen wir eine gute Durchmischung der Wohnbevölkerung als Garant



Foto: flickr UrbanManager Carsten Czaja





Foto: flickr tonzB

für ein gedeihliches Zusammenleben? Auch hier gilt es die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bringen um die besten Lösungen zu erreichen.

Coleman als größte Konversionsfläche auf Mannheimer Gemarkung hat leider noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit. Renaturierung, Naturschutz, Sport und Freizeit sowie die Erzeugung regenerativer Energien sind hier die Stichworte für die Entwicklung. Die rege Debatte, die die Bürger_innen in den umliegenden Stadtteilen führen, verfolgen wir mit großem Interesse.

Die Bundesgartenschau – nur gemeinsam zum Erfolg

Die Mannheimerinnen und Mannheimer haben sich – wenn auch knapp – für eine Bundesgartenschau in Mannheim entschieden. Nun haben die Planungsgruppen ihre Arbeit aufgenommen. Ihre Ergebnisse werden in die Beschlüsse des Gemeinderats einfließen.

Der Gemeinderat hat schon Pflöcke gesetzt, die auch für uns GRÜNE bindend sind: Es wird einen Grünzug mit einer Mindestbreite von 500–700 Meter geben. 60 Prozent von Spinelli werden GRÜN. Die Feudenheimer Au ist und bleibt Landschaftsschutzgebiet.

Bei der zukünftigen Verkehrsführung gehen die Meinungen allerdings auseinander. Eine neue Straße durch die Au wird es mit uns nicht geben, wir

favorisieren eine Troglösung für die Straße Am Aubuckel.

Die Beteiligung der Bürger_innen wird auch nach dem Ende der Planungsgruppen weitergehen. Wir wollen vor allem Kinder und Jugendliche einbinden. Ihr Rat wird dringend gebraucht, denn sie werden in zehn Jahren die größte Gruppe der Nutzerinnen und Nutzer sein. Ebenso wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sich Bürger_innen mit Migrationshintergrund noch stärker beteiligen.

Mannheim – Stadt am Wasser

Die bestehenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete an Rhein und Neckar sind zu erhalten und nach den bestehenden Pflege- und Masterplänen weiterzuentwickeln. Darüber hinaus ist es uns ein besonderes Anliegen das Konzept blau_mannheim_blau in folgenden Punkten umzusetzen:

- Errichtung eines Parks („Draisspark“) entlang des Natur- und Landschaftsschutzgebiets „Unterer Neckar“;
- Zugang zu Rhein und Neckar für die Öffentlichkeit zum Beispiel auch im Hafengebiet in Zusammenarbeit mit der Industrie und dem Hafenamt;
- Aufwertung der Fuß- und Radwege entlang der Fließgewässer und deren Anbindung an die bestehenden Radwegenetze.



Der Hochwasserschutz ist an ökologischen Kriterien auszurichten und sollte sich an der Dammrückverlegung Kirschgartshauser Hof orientieren. Priorität haben für uns die Ausweitung bzw. Wiederherstellung der Überschwemmungsgebiete Riedwiesen, Waldpark, Sandtorfer Bruch und Marktgrafen Äcker.

Die Landesbauordnung und ihre Auswirkung auf Mannheim

In der Beratung zur neuen Landesbauordnung werden Abstellmöglichkeiten von eBikes und CarSharing im öffentlichen Raum erlaubt bzw. ermöglicht. Diese Chancen gilt es zeitnah zu nutzen und zu entwickeln.

Bei der Ausweisung von Bebauungsplänen und des Flächennutzungsplans müssen energetische Gesichtspunkte rechtlich eingeführt werden. Dies gilt für die Ausrichtung der Gebäude nach der Himmelsrichtung, aber auch für Heizungsanlagen und den Standard der Wärmedämmung von Wohn- und Gewerbegebäuden und ist, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der Konversionsflächen, für uns von erheblicher Bedeutung.



Foto: flickr Allesandro Tortora

Die Region einheitlich planen

Für die Menschen in der Metropolregion spielen die Gemeindegrenzen im Alltag nur selten eine Rolle. Für Politik und Verwaltung ist dieses Zusammenwachsen eine deutlich größere Herausforderung. Wir GRÜNE sehen in der Offenlage des einheitlichen Regionalplans einen Teilerfolg in der Zusammenarbeit und der Problemlösung in der Region. Wir halten an einer gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturförderung fest und streben weiterhin die Direktwahl des Regionalparlaments an. Wir würden es begrüßen, wenn sich Gemeinderat und Verwaltung diesen Bestrebungen anschließen.

Im Bereich der Klimaschneisen kommt es darauf an, dass wir den Odenwald mit dem Pfälzer Wald verbinden, aber auch im Oberrheingraben die Nord-Süd-Durchgängigkeit wiederherstellen bzw. erhalten. Bekanntlich ist eine Mindestbreite von 1.200 Metern notwendig um die Kleinklima, aber auch großflächige Klimaaustausche zu gewährleisten. Diese Größenvorstellungen sind mit den Arten- und Biotopbedürfnissen abgestimmt und dadurch auch dort wirksam.

Die Grundwasserverhältnisse werden zurzeit überprüft und gegebenenfalls die Schutzzonen angepasst, auch hier wird über die Stadtgrenze hinaus zum Wohle der Stadt gehandelt. Diese Vorgehensweise begrüßen wir ausdrücklich und empfehlen sie zum weiteren Ausbau im oben genannten Sinne.

Das Entwicklungskonzept Innenstadt verwirklichen

Das Entwicklungskonzept Innenstadt wurde mit großem Aufwand und starker Bürger_innenbeteiligung entwickelt. Menschen aus vielerlei Gruppen und Zusammenhängen wurden gehört und haben sich beteiligt. Die Umsetzung des ersten Teils erfolgte unter großem öffentlichem Beifall.

Leider verharrt die weitere Umsetzung auf der Stelle. Aktuell ist nur die Aufwertung der Planken im Haushalt verankert. Weitere wichtige Projekte wie Zugänge zu Neckar und Rhein oder die Umgestaltung des Kaiserrings harren weiter ihrer Verwirklichung. Hier muss dringend gegengesteuert werden.



PLATZ FÜR: KINDER.JUGEND.BILDUNG

Kinderbetreuung ausbauen und Qualität erhalten

Die Zeiten, als Kinderbetreuung noch „Gedöns“ war, sind glücklicherweise vorbei. Eine ausreichende Zahl an Betreuungsplätzen ist heute ein knallharter Standortvorteil und Grundbedingung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben dem weiter steigenden Bedarf im Krippenbereich müssen auch Hortplätze und Ganztagschulen ausgebaut werden. Was nützt es Eltern, die für ihre Kinder einen Betreuungsplatz bis sechs Jahren bekommen, wenn wir sie danach im Regen stehen lassen.

Aber nicht nur der quantitative, sondern auch der qualitative Ausbau von Betreuungsplätzen ist überfällig. Die Qualitätsanforderungen an Personal und Raum dürfen hinter der reinen Steigerung der Platzzahlen nicht zurückbleiben. Der Attraktivitätsfonds kann hierbei helfen. Ebenso muss über eine bessere Entlohnung für Erzieher_innen nachgedacht werden. Ein Einstieg zumindest in den Sozialraumtypologien vier und fünf wäre ein Anfang.

Programm für naturnahe Außengelände in Kitas auflegen

Der Kita-Ausbau besteht für uns nicht nur aus Gebäuden. Kitas brauchen ansprechende Außengelände. Gerade für Stadtkinder ist es wichtig, dort Natur erleben zu können. Wir wollen ein Programm auflegen, mit dem die Außengelände von Kitas naturnah umgestaltet und qualitativ aufgewertet werden. Die Kinder sollen nicht einfach einen fertigen Spielplatz bekommen, sondern bereits bei der Planung mit gestalten. Die Kinder sollen mit Erzieher_innen, Eltern, Landschaftsplaner_innen und in Kinderbeteiligung erfahrenen Fachleuten gemeinsam naturnahe Erlebniswelten gestalten und Natur mit allen Sinnen erleben. Flankiert wird das Programm von verschiedenen Angeboten für Eltern und Fortbildungen für Erzieher_innen.

Die Agenda 21 zielt auf nachhaltige Entwicklung unter dem Motto „Global denken – Lokal handeln“. Dieses Motto kann kaum nachhaltiger mit Leben



Foto: Stadtmarketing Mannheim

gefüllt werden als durch ein Programm, das die Neugier von Kindern für Natur weckt. Wir wollen den Gedanken des Agenda 21-Prozesses in die Kitas tragen, damit junge Menschen möglichst früh lernen, die Natur als Lebensgrundlage zu begreifen. Schließlich ist die sprichwörtliche Kuh nicht lila, der Salat wächst auf dem Boden und das Weizenkorn vermehrt sich fast unendlich.

Dieses Programm hat für uns eine hohe Symbolkraft und steht stellvertretend für die Kriterien Qualität und Ökologie. Wir werden daher einen Antrag zur Einstellung der notwendigen Mittel in den Haushalt stellen.

Attraktivitätsfonds kontinuierlich fortschreiben

Der Attraktivitätsfonds für Erzieher_innen wurde im letzten Haushalt auf unseren Antrag hin eingestellt. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Gesundheitsförderung. Qualifizierung der Praxisanleitungen und Qualifizierung neuer Berufsgruppen ist ein weiterer Schritt, um diesen wichtigen Beruf attraktiver zu gestalten. Bisher wird der Fonds von den Erzieher_innen gut angenommen, jedoch ist eine kontinuierliche Überprüfung und Fortschreibung der Angebote mit den Expert_innen vor Ort unabdingbar für die Qualität des Fonds.



Mindestqualifikation in allen Formen der Kinderbetreuung

Wir brauchen eine Mindestqualifikation für Mitarbeiter_innen, die in der Kinderbetreuung arbeiten. In Kindertagesstätten arbeiten ausgebildete Fachkräfte. In der Kernzeit- und Schulkindbetreuung durch freie Träger können Personen arbeiten, die bislang „in Erziehung erfahrenen“ Berufen tätig waren. Welche Berufe damit gemeint sind, wird nicht benannt. Dieses Betreuungsangebot wird durch eine hauptamtliche Fachkraft begleitet.

Wir wollen den Mitarbeiter_innen in der Kernzeitbetreuung Angebote machen, die ihre tägliche Arbeit mit Kindern unterstützen. Ein Grundgerüst wäre hier zumindest eine Tagesmütterausbildung, ein Qualifizierungslehrgang von 160 Unterrichtseinheiten.

Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung braucht Mindeststandards. Auch den Betreuer_innen gegenüber ist das nur fair.

Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin ausbauen

Erzieher_innen müssen in ihrer Ausbildungszeit eine entsprechende Ausbildungsvergütung bekommen. Vier Jahre ohne Einkommen sind sicherlich kein Anreiz, diesen Beruf zu ergreifen. Wir brauchen jedes Jahr zumindest eine PIA-Ausbildungsklasse zusätzlich, bis es nur noch PIA-Ausbildungsklassen in Mannheim gibt. Verhandlungen mit Freien Träger über Plätze und Ausbildungsvergütung sind dabei unverzichtbar.

Eltern-Kind-Zentren verstetigen und ausbauen

Eltern-Kind-Zentren zeichnen sich durch eine überaus erfolgreiche Arbeit aus. Erzieher_innen, Eltern und nicht zuletzt die Kinder profitieren von den vielfältigen Angeboten. Dieses Angebot nicht weiterzuentwickeln wäre ein Fehler. In jedem Stadtteil sollte ein Eltern-Kind-Zentrum, wo nötig mehrere, als Anlaufstelle vorhanden sein. Auch in den bestehenden Eltern-Kind-Zentren gibt es zusätzliche Bedarfe. Erzieher_innen benötigen mit steigenden Anforderungen mehr Unterstützung, um ihren Beruf gut zu gestalten. Eine ausreichende Raumausstattung, damit die vielfältigen Angebote auch wirklich stattfinden können ist genau so notwendig wie ein Ausbau des pädagogischen Programms. Mit einer wachsenden Zahl von Eltern-Kind-Zentren muss eine Aufstockung der begleitenden Fachkräfte im Jugendamt einhergehen.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit weiterführen

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Sozialen Dienste, der Frühförderung an Schulen und der psychologischen Beratungsstellen ist erfolgreich und eine überaus wertvolle Unterstützung für die Eltern-Kind-Zentren. Davon profitieren nicht nur Kinder und ihre Eltern, sondern auch die Erzieher_innen; sie bekommen neue Anregungen für ihre Arbeit. Dieses Projekt muss weitergeführt werden.

Das Angebot der Multifamilientherapie steht vor der kosteneutralen Umsetzung in der Neckarstadt-West. Hier arbeitet Schule eng mit dem Jugendamt zusammen. Verschiedene Professionen setzen neue und dennoch erprobte erfolgreiche Konzepte in die Tat um.

Offene Jugendarbeit in Mannheim ausbauen

Die Mittel für die offene Jugendarbeit konnten im letzten Haushalt erheblich aufgestockt werden. Wir dürfen auf diesem Gebiet nicht nachlassen.

Ein Dauerbrenner aus den vergangenen Etatberatungen ist der geplante Jugendtreff in der Schwetzingerstadt. Erneut wurden für seine Realisierung keine Mittel im Haushalt eingestellt. Die Verwaltung ist aufgefordert zu klären, wie der Jugendtreff trotzdem eingerichtet werden kann.

Wie kann man den Jugendtreff Neuostheim aufwerten? Kinder und Jugendliche haben Ideen entwickelt. Die Verwaltung muss diese prüfen und Vorschläge zur Umsetzung unterbreiten.

Ein besonderer Schwerpunkt muss auf den Quartieren Luzenberg-West und Waldhof-West liegen. Dort gibt es eine hohe Nachfrage nach Angeboten der offenen Jugendarbeit und insbesondere einem Treffpunkt, der in beiden Quartieren noch fehlt.

Das Jugendhaus Erlenhof liegt im besonderen Entwicklungsgebiet, für das die Stadt Zuschüsse aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt beantragen kann. Diese einmalige Chance zu vergeben wird der Stadtteil-Arbeit, besonders in Hinblick auf die Zuwanderung aus Südosteuropa, nicht gerecht.

Jugendbeteiligung verstetigen – Jugendverbandsarbeit sichern

Kinder und Jugendliche haben in einem breiten Beteiligungsprozess ein Beteiligungsmodell erarbeitet, das in den letzten zwei Jahren in einigen Stadtteilen



erprobt wurde. Dabei werden Kinder und Jugendliche als Fachleute in eigener Sache angesehen, die Stellungnahmen zu Problemen und Lösungsvorschläge erarbeiteten. Die Ergebnisse wurden mit Mitgliedern des Gemeinderats und der Bezirksbeiräte diskutiert. Anregungen wurden aufgenommen und zum Teil realisiert. Dieser Mannheimer Weg der Kinder- und Jugendbeteiligung muss personell und finanziell gesichert werden.

Der Stadtjugendring mit seiner Geschäftsstelle ist die Zentrale für die verbandliche Jugendarbeit und damit das Sprachrohr für die vielen Jugendlichen, die in den verschiedenen Verbänden ehrenamtlich engagiert sind. Seit vielen Jahren übernimmt der Stadtjugendring immer neue Aufgaben, die von Politik und Verwaltung an ihn herangetragen werden. Diese Arbeit muss auf finanziell abgesicherten Beinen stehen.

Girls Go Movie ist weit über Mannheim hinaus anerkannt als ein – auch künstlerisch – erfolgreiches niederschwelliges Angebot der Mädchenarbeit. Wir können nicht immer nur mit den guten Angeboten in unserer Stadt Werbung für Mannheim machen, wir müssen diese auch auskömmlich ausstatten.

Ein Beispiel für erfolgreiche Jugendbeteiligung ist der Skatepark auf der Schönau. Jugendliche haben sich nicht nur inhaltlich, sondern über eine Spendenaktion auch mit einem nicht unerheblichen Betrag an den Kosten beteiligt.

Haus des Jugendrechts angemessen ausstatten

Der Austausch zwischen Jugendamt, Sozialen Diensten und der Jugendgerichtshilfe im Rahmen des Hauses des Jugendrechts muss sichergestellt sein. Nur so kann diese von allen gewollte Einrichtung ihre volle Wirkung entfalten. Dazu muss das Jugendamt mit ausreichend personellen Ressourcen ausgestattet werden.

Des Weiteren muss erneut über ein ambulantes Angebot für minderjährige Sexualstraftäter nachgedacht werden. Dieses Angebot kann an eine der psychologischen Beratungsstellen angeschlossen werden. Wie wichtig diese Präventionsarbeit gerade im Hinblick auf die Rückfälligkeit von Heranwachsenden ist, konnte mehrfach in Studien nachgewiesen werden.

Angebote für Schul- und Ausbildungsabbrechende dürfen nicht wegfallen

Zukünftig soll es nach dem Willen der Verwaltung keine mobile Jugendarbeit und keine Begleitung von

Schul- und Ausbildungsabrechenden mehr geben. Diese Angebote passen nicht mehr in die Systematik, so die Verwaltung. Den Wegfall dieser erfolgreichen Angebote für die Schwächsten aus sogenannten „systematischen Gründen“ werden wir nicht hinnehmen. Neue Angebote können dann gemacht werden, wenn die bisherigen Angebote keine Wirkung mehr erzielen. Bis dahin müssen die bestehenden, erfolgreichen Angebote erhalten bleiben.

Kinderarmutsleitlinien im Zielekatalog nicht vergessen

In einer Stadt, in der jedes fünfte Kind und jeder vierte Jugendliche von Armut betroffen ist sind Kinderarmutsleitlinien nicht Kür, sondern Pflicht! Kinderarmut ist ein Querschnittsthema, das alle Dezerivate betrifft. Die Verwaltung versprach einen Zielekatalog zu erarbeiten, in dem solche Querschnittsthemen ihren Niederschlag finden. Die Stadt hat sich für viele wichtige Themen Leitlinien gegeben – Kinderarmut kann hier nicht außen vor bleiben.

Schuldenprävention an Mannheimer Schulen erhalten

In Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftspsychologie an der Universität Mannheim wurde die Präventionsmaßnahme „Start Frei“ zum Thema Jugendüberschuldung als überaus erfolgreiches Projekt evaluiert. Dabei geht es unter anderem um den reflektierten Umgang mit Geld und Konsumverhalten. In einer Umfrage hat der Großteil der Jugendlichen dieses Angebot als sehr gut und interessant beschrieben. Diese Maßnahme gilt es fortzuführen.

Zukunftsorientierte Bildungslandschaften entwickeln

Die Schullandschaft in Mannheim befindet sich derzeit in ihrem größten Wandel überhaupt. Der voranschreitende demografische Wandel, ein anderes Schulwahlverhalten beim Übergang auf weiterführende Schulen und neue pädagogische Möglichkeiten wie die Gemeinschaftsschule bewirken einen großen Umbruch.

Die Schülerzahlen an den Werkrealschulen brechen weiter ein. Diese Schularbeit hat keine Zukunft, so gut und engagiert die Arbeit an den einzelnen Schulen auch ist. Der verstärkte Trend zur Abschulung auf die Werkrealschulen in höheren Jahrgangsstufen steht dem Wegbrechen der Anmeldezahlen nur sehr begrenzt entgegen, abgesehen davon dass die Maßnahme Abschulung selbst keine Zukunft hat.



Im Jahr 2010 hat der Gemeinderat die Reduzierung der Werkrealschulen in Mannheim auf zwölf Schulen beschlossen. Der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede nun eine weitere Reduzierung auf sechs Schulen angekündigt. Der Schulart Werkrealschule gehört ganz sicher nicht die Zukunft. Von daher ist eine deutliche Reduzierung angezeigt. Den Fokus auf die Schließung von Werkrealschulen zu legen ist jedoch die falsche Perspektive. Es geht aus unserer Sicht nicht um die Schließung von Werkrealschulen, sondern um die qualitative Fortentwicklung von Schulstandorten in den verschiedenen Stadtteilen. Der Rückgang der Schüler_innenzahlen an Werkrealschulen ermöglicht es uns, verstärkt Ganztageschulstandorte zu entwickeln und weitere wichtige Bildungseinrichtungen einzubinden, wie beispielsweise Jugendtreffs, die Musikschule, die Stadtbibliothek oder die Abendakademie. Dezentrale Bildungszentren in den Stadtteilen sind die Zukunft. Mindestens grob fahrlässig wäre es, sich Veränderungen zu widersetzen und stur am dreigliedrigen Schulsystem festzuhalten. Das würde bedeuten, dass einzelne Schulen nach dem Zufallsprinzip ausbluten und am Ende wahrscheinlich noch mehr Schulen bzw. sogar ganze Schulstandorte geschlossen werden. Eine Verschiebung der Entscheidung aus populistischen Gründen bis nach der Kommunalwahl lehnen wir daher ab.

Ganztageschulausbau forcieren

Den Ausbau von Schulen zu Ganztageschulen wollen wir nicht nur fortsetzen, wir wollen ihn beschleunigen. Wir unterstützen die Auswahl von Bertha-Hirsch-Schule, Erich-Kästner-Schule und Humboldtschule als nächste Ganztagesgrundschulen. Unbefriedigend ist aber, dass für die beiden letztgenannten nur Planungsmittel eingestellt sind. Wir müssen davon wegkommen, dass im Haushalt große Summen für Planungen zu finden sind ohne eine tatsächliche Bauperspektive für die Folgejahre. Hier wollen wir sinnvoll umschichten und gerade in den Ausbau von Ganztageschulen investieren. Weniger planen, mehr tatsächlich bauen ist unser Ziel. So hat für uns beispielsweise der Neubau der Friedrich-Ebert-Grundschule als gebundene Ganztagesschule eine hohe Priorität.

Wir GRÜNE präferieren klar das Modell der gebundenen Ganztageschulen mit rhythmisiertem Unterricht. Dieses Modell hat deutliche pädagogische Vorteile. Wir setzen auf Qualität in der Bildung, nicht auf rein quantitative Ausweitung der Schulzeit. In Stadtteilen, in denen der Wunsch der Eltern nach offenen Ganztageschulen aus Gründen der

Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben ist, können wir uns auch dieses Modell als Zwischenschritt vorstellen. Schule und Eltern muss aber klar kommuniziert werden, dass dieses Modell nicht mit den Mitteln ausgestattet werden kann wie eine gebundene Ganztagesschulen.

Bei der Ausgestaltung von Ganztageschulen besteht großer Handlungsspielraum auf Seiten der Schulen – wenn auch nicht unter optimalen Rahmenbedingungen. Inwieweit dieser Handlungsspielraum überall in Mannheim bestmöglich genutzt wird, wollen wir in Zukunft stärker diskutieren und gegebenenfalls stärker unterstützend zur Seite stehen. Eine gute Zusammenarbeit von Schule, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Jugendförderung sowie den Mannheimer Vereinen ist die Grundlage für eine funktionierende Ganztagesschule.

Leider hat die Verwaltung den Ganztageschulausbau im Bereich der weiterführenden Schulen etwas aus den Augen verloren. Der Ausbau von Grundschulen ist finanziell einfacher und daher schneller möglich. Das darf aber nicht zum Ausbaustopp im weiterführenden Bereich führen. Mit dem Ausbau von Ganztagesgrundschulen werden Betreuungsbedarfe geweckt, die in der Folge auch an weiterführenden Schulen gedeckt werden müssen. Hier droht sonst eine ähnliche Entwicklung wie beim Krippenausbau, der zu einem massiven Anstieg des Betreuungswunsches geführt hat, was aber viel zu spät realisiert wurde und aktuell auch nicht annähernd befriedigt werden kann. Daher gilt es Grundschulen und weiterführende Schulen einigermaßen gleichmäßig auszubauen. Wir erwarten, dass im Jahr 2014 ein Plan zum weiteren Ganztageschulausbau erarbeitet wird.

Der Gemeinschaftsschule Raum geben

Ganztageschulen sind ein Eckpfeiler der Bildungspolitik, wenn es darum geht, Bildungschancen von Kindern möglichst komplett von ihrer sozialen Herkunft abzukoppeln. Der zweite Eckpfeiler ist die Gemeinschaftsschule, an der alle Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen und Bildungschancen länger offen gehalten werden.

Wir haben es sehr begrüßt, dass sich die Kerschensteinerschule zu einer Gemeinschaftsschule entwickelt. Sie hat das aus pädagogischer Überzeugung getan und nicht aus Angst vor Schulschließung. Die Kerschensteinerschule benötigt für die Umsetzung ihres pädagogischen Konzeptes Differenzierungsräume. Diese müssen der Schule zur Verfügung





Foto: flickr @mtext
Michael Schumacher

gestellt werden. Wir hatten bereits im letzten Haushalt Mittel dafür beschlossen, die die Verwaltung gekürzt hat. Das ist für uns nicht akzeptabel. Wir wollen, dass die Gemeinschaftsschule erfolgreich arbeiten kann. Die Anerkennung von Eltern und Schüler_innen hat die Schule bereits, wie die außerordentlich erfolgreichen Anmeldezahlen belegen.

Aktuell steht keine Entscheidung über weitere Gemeinschaftsschulen an. Wir rufen alle Mannheimer Schulen, aber insbesondere die Realschulen auf, sich mit dem Thema Gemeinschaftsschule zu beschäftigen. Im Land Baden-Württemberg sind bereits vermehrt Realschulen auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule. Dies wünschen wir uns auch für Mannheim.

Wir begrüßen es außerdem, dass es bei der sehr erfolgreichen IGMH Überlegungen gibt, sich dem Modell der Gemeinschaftsschule weiter anzunähern und die Trennung in Schularten weiter nach hinten zu verlegen.

Schulsozialarbeit an den Berufsschulen ausbauen

Die Schulsozialarbeit ist ein weiterer wichtiger Baustein kommunaler Bildungspolitik in Bezug auf Bildungsgerechtigkeit. Die Stadt Mannheim hat bereits Schulsozialarbeit an 23 Schulen eingerichtet,

auf der Grundlage von grün-roten und rot-grünen Initiativen auf Landes- und Kommunalebene. Es hat sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass Schulsozialarbeit generell ein sinnvolles Instrument ist – auch für Schulen in sozial weniger schwierigen Stadtteilen und auch an anderen weiterführenden Schulen neben Werkreal- und Grundschulen. Diesen Ausbau der Schulsozialarbeit wollen wir fortsetzen.

Schulsozialarbeit ist bisher auf den allgemeinbildenden Bereich fokussiert. Das halten wir für unzureichend, alle Schulen und Schularten benötigen Unterstützung. Wir wollen, dass als nächstes ein Konzept für einen Einstieg in den Bereich der Beruflichen Bildung erarbeitet wird.

Die Schulsozialarbeit kann jedoch nicht alle Aufgaben lösen. So brauchen wir auch Konzepte für Schüler_innen, die nicht oder nicht mehr zur Schule gehen. Wir benötigen mobile Jugendsozialarbeit in den Stadtteilen und eine Beratung für Schulabbrecher_innen.

Berufliche Schulen und Erzieher_innenausbildung stärken

Mannheim ist in der Grundausrichtung im Bereich der beruflichen Schulen gut aufgestellt. Veränderungen wird es vor allem innerhalb der jeweiligen



Schulen geben. Die Berufsschulentwicklungskommission soll schnellstmöglich abgeschlossen werden, damit anschließend eine Perspektivplanung für die Sanierung der beruflichen Schulen, insbesondere der Standorte entlang des Neckars angegangen wird. Die Ausstattung der beruflichen Schulen muss dringend weiter verbessert werden. Im letzten Haushalt haben wir es bereits erreicht, dass zusätzliche Mittel dafür eingestellt wurden. Dies wollen wir fortsetzen.

Ein Bereich der beruflichen Schulen benötigt unsere ganz besondere Aufmerksamkeit: die Erzieher_innenausbildung. Seit Jahren kämpfen wir gegen den Widerstand der Verwaltung dafür, dass der Bereich ausgebaut wird. Wenn nun nicht sofort etwas unternommen wird, müssen wir die Ausbildung aufgrund von Raumangst sogar verringern – und das bei einem allseits bekannten Fachkräfte-mangel. Hier passen die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters und das Handeln der Verwaltung überhaupt nicht zusammen. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Inklusion vorantreiben statt zu verzögern

Die Umsetzung von Inklusion in der Schule kommt nur extrem langsam voran. Mannheim war Teil des Modellprojekts der alten Landesregierung; eine Auswertung für die Stadt Mannheim liegt uns bis heute nicht vor. Aufgrund der Angst vor möglichen finanziellen Belastungen wird das Thema von Land und Kommune gebremst. So geht es nicht! So darf man mit Kindern und Jugendlichen nicht umgehen! Wir erwarten, dass das Land nun zügig den bereits mehrfach angekündigten Gesetzentwurf zur Inklusion vorlegt und wir erwarten, dass die Stadtverwaltung ein Konzept zur weiteren Umsetzung von Inklusion in dieser Stadt erstellt.

Zustand der Schulgebäude verbessern, BBS angemessen ausstatten

Der Zustand der Mannheimer Schulgebäude ist immer wieder Thema der öffentlichen Debatte. Trotz großer Anstrengungen in den letzten Jahren sind nach wie vor einige Schulen in schlechtem Zustand. Es wird noch einige Jahre dauern, bis diese Versäumnisse der letzten Jahrzehnte aufgearbeitet sind. Noch im Jahr 2014 werden die letzten Schulen an die BBS zur Bewirtschaftung übergeben. Zukünftig werden alle Schulen in ihrem Zustand erhalten, ein Abrutschen von Schulgebäuden wird verhindert. Damit die BBS diese Aufgabe vollständig umsetzen kann, müssen Teile der Verträge revidiert werden. Hier bedarf es der Nacharbeit. Auch

wenn die BBS die Schulen in ihrem Zustand erhält, haben Gebäude natürlicherweise eine endliche Lebenszeit, nach der sie neu gebaut oder generalsaniert werden müssen. Dies dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Zweiten Bildungsweg und Alphabetisierung in den Fokus nehmen

Das Schulsystem erreicht nicht alle Kinder und Jugendliche angemessen. Auch durch Zuwanderung kommen immer wieder Menschen ohne ausreichende Schulabschlüsse und teilweise sogar ohne Grundbildung zu uns. Daher muss es auch für spätere Lebensphasen Bildungsangebote geben, um Bildungsabschlüsse nachzuholen und Grundkompetenzen zu erwerben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Angebote des zweiten Bildungsweges kosten-günstig sind. Bei den letzten Haushaltsberatungen haben wir mit der Herabsetzung von Gebühren für Mannheimer Bürger_innen in diesem Bereich bereits große Erfolge erzielt. Die Schule für obdachlose Jugendliche von Freezone wird durch unsere Initiative erfolgsorientiert finanziell unterstützt.

Sinti und Roma haben auch im Schulsystem viel Diskriminierung erfahren und sind daher bis heute im Bereich der Bildung benachteiligt. Mit dem von uns eingerichteten Bildungspreis machen wir einerseits auf diese Benachteiligung aufmerksam und fördern gleichzeitig Menschen und Projekte, die gegen die Benachteiligung kämpfen.

Angesichts von geschätzten 30.000 bis 40.000 funktionalen Analphabeten in unserer Stadt wollen wir die Bereiche Alphabetisierung und Grundbildung durch zielgruppenorientierte, niederschwellige Angebote weiter stärken, nachdem wir im letzten Haushalt bereits zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt haben. Hier fordern wir aber auch die Unterstützung der Arbeitsagentur ein, die ihre Verantwortung bisher nicht ausreichend wahrnimmt.

Wir wollen Menschen in schwieriger finanzieller Lage ermöglichen an Bildung teilzuhaben. Für Familien im Leistungsbezug sind die Bildungsgutscheine des Familienpasses PLUS eine große Erfolgsgeschichte, die wir fortsetzen und ausbauen wollen. Dieses Modell müssen wir aber fortentwickeln, damit auch Menschen ohne Kinder in schwieriger finanzieller Lage an Bildung teilhaben können.



PLATZ FÜR: SOZIALES.WOHNEN.CHANCEN

Wohnungslose unterstützen

Menschen ohne Obdach benötigen auch tagsüber Anlaufstellen, bei denen sie ein Frühstück oder eine warme Mahlzeit bekommen, sich Kleidung besorgen oder an die sie ihre Post zustellen lassen können. Das schon vorhandene Angebot muss weiterhin erhalten werden.

Flüchtlinge dezentral unterbringen

Zurzeit leben etwa 440 Menschen aus 26 Nationen in der Sammelunterkunft. Diese Massenunterkunft war von Anbeginn kein geeigneter Ort für einen längeren Aufenthalt. Auch wenn inzwischen die allernotwendigsten Reparaturen vorgenommen wurden: Hier kann man niemanden mit gutem Gewissen länger wohnen lassen.

Für diese Unterkunft bezahlt die Stadt Mannheim eine aberwitzig hohe Miete aufgrund eines Mietvertrags, der fast schon sitzenwidrig ist. Für uns ist klar, dass dieser Mietvertrag zum 31.12.2013 gekündigt werden muss.

Die Flüchtlinge, besonders die Familien mit Kindern und vor allem mit Neugeborenen müssen in dezentralen Einzel- und/oder Gemeinschaftswohneinheiten untergebracht werden.

Die schnelle Umstellung von Sach- auf Geldleistungen war ein wichtiger Schritt für die Menschen, die nun selbstverantwortlich über ihre Mittel verfügen können. Nun müssen die einzelnen Hilfangebote wie die Betreuung von Asylbewerber_innen oder die Rückkehrberatung von Flüchtlingen gesichert werden.

Integrationsfonds erhalten und ausbauen

Der Integrationsfonds war und ist notwendig. Seine sozialpolitische Ausrichtung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zusätzliche integrative Angebote in Kindertagesstätten und Schulen helfen den Menschen und unterstützen die Bemühungen der Akteur_innen vor Ort.

Teilhabe ist aber nur möglich, wenn Menschen über die Angebote informiert sind und sie verstehen. Die

Nutzung der schon bestehenden niederschwelligen Angebote zum Transfer des Wissens ist nicht nur für zugewanderte Menschen unerlässlich. Alle Menschen im Quartier partizipieren davon, generations- und kulturübergreifend.

Allengerechte Teilhabe ermöglichen

Der Teilhabeplan am Arbeitsleben, der Teilhabeplan Wohnen und der Aktionsplan für Menschen mit Behinderung müssen endlich ernst genommen und umgesetzt werden. Weiterhin gilt es auf Basis des lange erwarteten dritten Teilhabeplans soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu entwickeln. Wir fordern eine Prioritätenliste, die in Zusammenarbeit mit den Akteuren wie zum Beispiel dem städtischen Behindertenbeauftragten, der AG Barrierefreiheit, dem Behindertenforum und anderen erstellt und sukzessive abgearbeitet wird. Dringenden Handlungsbedarf gibt es an vielen Stellen: Barrierefreie Ampelanlagen, der Rampenabgang in Höhe der Alphornstraße oder der Eugen-Neter-Radweg seien hier beispielhaft genannt.

Sozialticket anpassen

Im letzten Haushalt konnten wir für einkommensarme Menschen Mittel für ein vergünstigtes Einzelticket einstellen. Heidelberg hat uns nun vorgemacht, wie weitere Schritte aussehen können. Wir brauchen endlich gemeinsame Gespräche mit dem Verkehrsverbund über ein regionales Sozialticket. Die Mobilität von einkommensarmen Menschen darf nicht an den Stadtgrenzen enden.

Wohnen in Zeiten des demografischen Wandels

In Zeiten des demografischen Wandels müssen wir älteren, älteren Menschen eine bessere Hilfe und Versorgung durch so genannte zugehende Strukturen zukommen lassen. Präventive Empfehlungen werden immer wichtiger für einen dauerhaften und möglichst gesunden Verbleib in der eigenen Wohnung und eine soziale Teilhabe auch in hohem Alter.

Gleichzeitig führt der demografische Wandel dazu, dass der Mangel an Pflegekräften immer deutlicher wird. Hier kann unter anderem die Zuwanderung aus Südosteuropa genutzt werden um zukünftige





Foto: flickr @mtext
Michael Schumacher

Pflegefachkräfte zu gewinnen. Die Menschen die zu uns kommen wollen sich zumeist integrieren und arbeiten. Es liegt an uns, welche Möglichkeiten wir ihnen bieten.

Auch den Bedürfnissen älter werdender Migrant_innen müssen wir Rechnung tragen. Migrantische Nachbarschaftshelfer_innen sind dabei unerlässlich.

Mut macht ein Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ganz verschiedener Gruppen: Im Mehrgenerationenhaus tat sich die Popakademie mit älteren Menschen zusammen, dabei kam eine Band mit dem Namen (F)altenrock mit einem fulminanten Chor heraus.

Miet- und Wohnungseigentum fördern

Wohnungseigentum wird in Mannheim schon heute gefördert. Zukünftig müssen aber auch neue Wohn- und Lebensformen unterstützt werden. Selbstorganisierte gemeinschaftliche Wohnformen bekommen nicht nur auf Konversionsflächen immer mehr Bedeutung. Initiativen, deren Mitglieder auf Mietbasis wohnen wie zum Beispiel das Mietshäuser Syndikat, wollen wir gleichberechtigt mit kon-

ventionellen Wohn- und Eigentumsformen unterstützen. Dafür müssen die Förderrichtlinien verändert werden.

Auf dem Turley-Gelände haben sich drei Gruppen zusammen getan um neue Wohnformen zu verwirklichen. Wir hoffen, dass hier Beispiele für alle Konversionsflächen geschaffen werden. Leider müssen wir feststellen, dass die Gesamtfördersumme, die aktuell zur Förderung von Miet- und Wohneigentum im Haushalt eingestellt ist, bei weitem nicht ausreicht. Damit möglichst viele Familien Miet- oder Wohneigentum schaffen können, müssen wir hier umsteuern.

Mannheim muss weiblicher werden

Mannheim ist in Sachen Toleranz und Weltoffenheit eine vorbildliche Stadt. Trotzdem gibt es Veränderungs- und Verbesserungsbedarf. In vielen Bereichen sind Frauen noch unterrepräsentiert und benachteiligt. Frauen müssen im gesamten öffentlichen Leben gleichberechtigt wahrnehmbar sein und ihre spezifischen Interessen müssen zum Beispiel in der Stadtplanung stärker berücksichtigt werden.



Frauenbeauftragte

Noch immer ist die Stelle der Frauenbeauftragten unbesetzt. Bei der jetzt anstehenden Wiederbesetzung ist es wichtig, die Stelle neuen Herausforderungen anzupassen. So ist es wünschenswert, dem Fachbereich 18 auch die Themenbereiche Gleichstellung, Gender, Queer und Diversity zuzuordnen. In der Folge muss der Fachbereich auch personell angemessen ausgestattet werden. Jedwede Stellenkürzung lehnen wir entschieden ab.

Prostitution-Beratungsstelle erfolgreich

Vor zwei Jahren beschlossen wir eine Prostitutions-Beratungsstelle. Diese hat ihre Arbeit nun erfolgreich aufgenommen. Hier werden Sexarbeiterinnen zu unterschiedlichsten Fragestellungen beraten. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass der Bedarf sehr groß ist. 2014 werden aus weiteren EU-Ländern Frauen Schutz und Arbeit bei uns suchen. Um diesen Frauen zu helfen, sind neben der beratenden Tätigkeit weitere Auffangmöglichkeiten sowie Kurse um die deutsche Sprache zu erlernen nötig. Hier sollte die Stadt rechtzeitig planen, damit sie dies bewerkstelligen kann.

Mädchennotruf ist unverzichtbar

Der Mädchennotruf leistet eine unverzichtbare Arbeit. Es ist leider unbedingt geboten, dieses Angebot mindestens auf dem jetzigen Niveau zu erhalten. Vor dem Hintergrund der ständig steigenden Belastung der Mitarbeiterinnen muss regelmäßig überprüft werden, ob die finanzielle Ausstattung des Mädchennotrufs noch ausreichend ist.

Geschlechterdifferenzierte Daten bereitstellen

Es ist wichtig, den städtischen Haushalt auf seine Auswirkungen auf Männer und Frauen zu betrachten, denn geschlechtsblinde Haushaltspolitik verstetigt und vergrößert Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Daher fordern wir, im Haushaltsplan für 2016/17 geschlechterdifferenzierte Daten bereitzustellen.

Kostenübernahme für Frauenhäuser regeln

Frauen, die vor Gewalt fliehen, brauchen Schutz und Beratung. Diese finden sie im Frauenhaus. Für viele Frauen ist dies jedoch nur graue Theorie, denn sie können sich den Aufenthalt im Frauenhaus

schlicht nicht leisten. Noch immer ist die Kostenübernahme für Frauen, die aus dem Umland in Mannheimer Frauenhäuser kommen, nicht klar geregelt. Auch die Wohnungssuche nach dem Frauenaufenthalt wird erheblich erschwert, weil diese Frauen wieder in ihre Herkunftsgemeinden zurückkehren sollen, egal wer oder was sie dort erwartet. Die Stadt Mannheim und die Nachbargemeinden müssen dringend eine zufriedenstellende Regelung für die Kostenübernahme finden, damit nicht länger die Schwächsten unter den Abstimmungsprobleme zwischen den Kommunen leiden müssen.

Netzwerk Mädchenarbeit weiterentwickeln

Die besonderen Interessen und Problemlagen von Mädchen können in der allgemeinen Jugendarbeit oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Daher bietet das NeMa spezielle Angebote für Mädchen an. Gerade Mädchen mit Migrationshintergrund dürfen oft nur diese Angebote besuchen. NeMa dient dazu Mädchen zu stärken und ihre speziellen Interessen zu entfalten ohne sie auf weibliche Stereotype zu reduzieren. Eine Weiterentwicklung der Mädchenarbeit ist jedoch ohne eine hauptamtliche Kraft auf Dauer nicht zu leisten.

Chancengleichheitsplan mit Leben füllen

Im Jahr 2011 trat Mannheim der „EU-Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene“ bei. Auch das Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2005 verpflichtet die Stadt Mannheim dazu, einen Chancengleichheitsplan zu erstellen. Dieser Verpflichtung ist die Stadt Mannheim bislang nicht nachgekommen. Ein Chancengleichheitsplan zeigt auf, in welchen Bereichen der Stadtverwaltung besonders viele Frauen oder besonders wenige Frauen arbeiten. Er zeigt auch, wie viele Frauen es in Führungspositionen gibt und enthält zahlreiche andere Daten zum beruflichen Werdegang von Frauen und Männern. Somit ist er wichtig für die Planung der weiteren Förderung von beruflicher Gleichstellung. Auch bei zukünftigen Stellenbesetzungen muss stärker darauf geachtet werden, Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt einzustellen, ganz besonders in Fachbereichen, in denen derzeit noch sehr wenige Frauen arbeiten.



PLATZ FÜR: MIGRATION.WIRTSCHAFT.ARBEIT



Foto: flickr fotoffigrafie
Christopher L

Mit der Wirtschaft neue Wege einschlagen

Mannheim ist noch immer ein Industriestandort. Dieses Image bietet eine gute Grundlage für neue Entwicklungen. Wir brauchen Zukunftsbranchen, die nicht nur Arbeitsplätze in Mannheim ansiedeln, sondern Mannheims Image weiterentwickeln. Wir halten daher den mit der Neuen Wirtschaftspolitischen Strategie eingeschlagenen Weg für richtig, neben der Bestandspflege traditionsreicher Unternehmen und Branchen auch auf den Aufbau neuer Cluster der Kreativwirtschaft und der Medizintechnologie zu setzen.

Das nun angestoßene Projekt des Pilotinkubators Medizintechnologie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Genauso unterstützen wir die Fachkräf-

testrategie der Stadt Mannheim, denn der demografische Wandel ist nicht aufzuhalten. Auch in Mannheim werden bis zum Jahr 2020 rund 21.000 Fachkräfte fehlen. Hier gilt es schon heute gegenzusteuern.

Schließlich müssen wir im Auge behalten, dass im Zuge der Konversion neben ausreichend Grün- und Freiflächen auch neue Areale für Gewerbe, Handel und Produktion entstehen können. Wir müssen das Zentrenkonzept unter Einbeziehung der neuen Flächen fortentwickeln. Unser Ziel muss sein, dass wir mit neuen, attraktiven Wohnflächen und Angeboten zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, der Bildung und der Freizeitgestaltung Menschen anziehen, die nicht nur in Mannheim arbeiten, sondern sich hier auch wohlfühlen und wohnen wollen.



Friedlich zusammen leben – friedlich zusammen wachsen

Das Miteinander in unserer Stadt ist geprägt von 180 Nationen, die friedlich zusammenleben und zusammenwachsen. Der wechselseitige Respekt und die Achtung der jeweiligen Traditionen und Kulturen muss täglich neu geübt werden. Wir begrüßen die Anstrengungen zur Gründung eines muslimischen Kindergartens als Bekenntnis zur Verantwortung für die in Mannheim lebenden Muslime und wollen gerne Aktivitäten im Bereich der Altenhilfe und Bestattung unterstützen.

Wir haben bei den letzten Etatberatungen mit unserem Antrag für eine Einbürgerungskampagne das Signal in unsere Stadtgesellschaft gesandt, dass Einwanderung und Einbürgerung die Mannheimer Stadtgesellschaft bereichert und wir alle dauerhaft hier lebenden Menschen am Gemeinwesen beteiligen wollen. Es ist nun wichtig, dass endlich der Schritt erleichtert wird, die in vielen Fällen gängige Praxis der Doppelstaatsangehörigkeit generell zuzulassen. Für den Fall, dass eine Bundesregierung die Weichen entsprechend stellen würde, wollen wir daher die Einbürgerungsaktivitäten der Stadt Mannheim wieder verstärken. Darüber hinaus braucht Mannheim auch über 2014 hinaus einen Migrationsbeirat und einen Integrationsausschuss. Die angestrebte Ernennung neuer Migrationsbeiräte muss tatsächlich auch verwirklicht werden.

Brandschutzbedarfsplan jetzt umsetzen

Bereits vor den Haushaltsberatungen haben wir deutlich gemacht, dass die personellen Empfehlungen des Brandschutzbedarfsplanes nicht ein paar Jahre warten können, sondern bereits heute erste Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Wir wollen auch die übrigen Empfehlungen mit Verantwortung und mit Augenmaß umsetzen. Dabei werden wir die Freiwillige Feuerwehr besonders in den Fokus nehmen, da hier langfristig mehr Einsatzkräfte nötig sind.

Kommunalen Ordnungsdienst neu ausrichten

Wir haben uns in der Arbeitsgruppe für die Zukunft des Kommunalen Ordnungsdienstes engagiert und waren zu grundsätzlichen Diskussionen bereit – andere, und allen voran Teile der Verwaltung, jedoch nicht. Wir möchten die Diskussion daher neu beleben und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der KOD neu aufgestellt wird. In unseren Augen ist die gegenwärtige Ausrichtung des Kommunalen

Ordnungsdienstes nicht wirkungs-, sondern rein öffentlichkeitsorientiert.

Sauberkeit in der Stadt

Wir begrüßen Initiativen wie Picobello_ und die zusätzlichen Finanzmittel für die Stadtreinigung als erste Schritte in die richtige Richtung. Der Kommunale Ordnungsdienst muss sich noch stärker in die Diskussionen zum Thema Sauberkeit einbringen. Wir wollen aber unter dem Aspekt der Eigenverantwortung die Frage der Abfallentsorgung in der Stadtgesellschaft umfassend und unter Einbeziehung aller Akteure diskutieren. Dabei werden wir unserem Prinzip der Prävention vor Repression treu bleiben. Abfallvermeidung ist der erste Schritt hin zu weniger Abfallbeseitigung.

Transparenz bei der m:con

Als im Jahr 2006 die Ausbauentscheidung für den Rosengarten fiel, kritisierten uns die Stadtspitze, SPD und CDU in harschen Worten für unsere Warnung, dass dies nur mit erhöhten städtischen Zuschüssen ginge. Man glaubte damals lieber den Versprechungen der m:con-Geschäftsführung und den von ihr bezahlten Gutachtern. Heute kann niemand mehr die enormen Defizite durch den Rosengartenbau wegdiskutieren, gefährden sie doch in der Zwischenzeit sogar den Bestand anderer städtischer Gesellschaften. Leider lässt sich diese Fehlentscheidung nicht mehr korrigieren, sondern die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt können nur transparent gemacht werden. Wir hoffen, dass die nun eingesetzten Mittel realistischer sind als die im letzten Haushalt. Für uns ist diese Entwicklung ein weiterer Grund, auch in Zukunft bei Großprojekten unseren kritischen Blick zu bewahren.



PLATZ FÜR: KULTUR.TOLERANZ.BEITRAG



Foto: flickr liborius

Kultur für alle!

Eine Stadt ohne Kultur ist wie eine Oase ohne Wasser. Kultur gehört zu unserem Leben und muss allen Menschen zugänglich sein. Damit ist sie auch eine soziale Aufgabe. Wir wollen die Teilhabe am kulturellen Leben der Stadt von Anfang an für alle ermöglichen. Dabei haben wir zwei Ziele: Erstens wollen wir für alle Formen von Kultur – von klein und experimentell bis hin zu groß und anerkannt – einen Nährboden zu schaffen. Zweitens wollen wir schon Kindern, aber auch allen Erwachsenen, insbesondere denen, die es sich finanziell nicht leisten können, den Zugang zu alle Arten von Kultur erleichtern. Kultur muss mitten in der Stadt sein, uns umgeben und von allen erlebt werden können. In den kommenden zwei Jahren haben daher die folgenden Projekte besondere Bedeutung für uns.

Kulturpass fördern

Ein Kulturpass für Mannheim ist inzwischen auf den Weg gebracht. Diesen Kulturpass bei der Etablierung zu unterstützen sehen wir als unsere Pflicht an. Er ermöglicht Menschen mit geringem oder ohne Einkommen den Zugang zu Kunst und Kultur. In der Perspektive sollte er mit anderen Angeboten für arme bzw. einkommensschwache Menschen in einem Pass zusammengeführt werden.

Die ganze Bandbreite der Kultur in Mannheim unterstützen

Die drei großen Häuser sind im Haushalt reichlich bedacht worden. Es gilt aber auch die kleinen Einrichtungen und die freie Szene weiter zu fördern und zu stärken. Wir wollen, dass das TiG7 endlich einen festen Techniker bezahlen kann. Popakademie und Musikhochschule haben für uns gleichermaßen Bedeutung. Für uns ist klar: Die klassische Musikausbildung muss weiterhin in Mannheim bleiben.

Kulturszene freier machen und breit aufstellen

Wo es möglich und nötig ist, sollen die Kultureinrichtungen freier agieren können und sich nicht mehr nur auf die Förderung durch die Stadt Mannheim stützen müssen. Ob beispielsweise die Alte Feuerwache in einer anderen Rechtsform noch erfolgreicher und besser finanziert sein kann, muss daher geprüft werden. Grundsätzlich gilt es, die Arbeit des Teams der Alten Feuerwache auch finanziell endlich anzuerkennen. Viele Jahre ohne die geringste Lohnerhöhung bei extrem hohem Einsatz sind nicht mehr akzeptabel.

Kultur mitten in der Stadt

Kultur gehört mitten in die Stadt – auch räumlich gesehen. Wir wollen die Trinitatiskirche in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche Mannheim zu einem Raum für Kunst und Kultur, zu einer Kultuskirche machen. Deshalb soll die Verwaltung prüfen, ob dies mit einem vertretbaren Aufwand möglich ist und wenn ja, wie.



Kulturelle Bildung – von Anfang an

Wer als Erwachsener Kultur aufnehmen und als Bereicherung des Alltags begreifen soll, muss von klein auf mit ihr in Berührung kommen. Schon in Kindertagesstätten wird mit dem Musikalisch-Rhythmischem Unterstützungsprogramm Kindertagesstätten (MUKI) eine Basis für die musikalische Bildung und damit die Entwicklung von Kindern gelegt. Wir freuen uns, dass dieses Programm fortgeführt wird.

Auch die Stadtbibliothek und die städtische Musikschule leisten dazu wichtige Beiträge. Wir unterstützen die Stadtbibliothek dabei, sich neu zu konzeptionieren und zu einer Bibliothek der Zukunft zu werden. In Hinblick auf die wichtige Stadtteilarbeit vor Ort freut es uns, dass im Haushalt für 2015 Mittel für die Anschaffung eines neuen Bücherbusses eingestellt sind. Die Musikschule, die immer noch in größeren Renovierungsarbeiten steckt, soll wieder ökonomisch und pädagogisch sinnvoll in den eigenen Räumen arbeiten können. Die Verwaltung muss prüfen, wie die Renovierungsarbeiten im vierten Obergeschoss noch in der Haushaltsperiode 2014/2015 fertig gestellt werden können.

Eine tolerante Stadt bekämpft Homo- und Transphobie

Nach wie zieht es Mitglieder der Queer-Community in urbane Zentren wie Mannheim, da dort eher Offenheit und Akzeptanz gelebt werden. Doch auch in urbanen Zentren ist trotz der weitgehenden rechtlichen Gleichstellung und der vielfältigen Unterstützung für den jährlichen CSD Homo- und Transphobie weiterhin weit verbreitet. Menschen werden beleidigt, angegriffen, diskriminiert und auf ihre sexuelle Identität reduziert. Gegen diese Homo- und Transphobie wird bisher zu wenig getan.

Wir setzen uns daher für einen lokalen Aktionsplan für Toleranz und Akzeptanz ein, ähnlich dem Prozess auf Landesebene. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir dabei auf den Bereich Jugend und Schule legen. Wichtige bisherige Angebote wie die Beratungsarbeit müssen gesichert, die Aufklärung in Schulen und Jugendeinrichtungen muss deutlich ausgebaut werden.

Die Queer-Community in Mannheim bringt sich mit großem ehrenamtlichem Engagement in die Stadtgesellschaft ein und trägt zu einem aktiven Vereinsleben bei: Anti-Diskriminierung, Städtepartnerschaft, Politik, Kultur, Sport, Soziales, Gesundheit.



Foto: flickr liborius



Wir wollen, dass diese ehrenamtliche Arbeit von Seiten der Stadt stärker gewürdigt wird. Bisher gibt es für die Community in der Verwaltung nicht einmal offizielle Ansprechpartner_innen, obwohl dies im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen zugesagt wurde. Es ist an der Zeit, dass sich die Stadtverwaltung öffnet und Vorbehalte ablegt. Wir wollen den Umbau des Büros der Frauenbeauftragten nutzen, um einen umfassenden Gleichstellungsbereich zu gestalten, in dem eine Beauftragte bzw. ein Beauftragter für die Queer-Community ein selbstverständlicher Teil ist.

Für ein buntes und tolerantes Mannheim

Ob das NPD-Verbot kommt oder nicht, Aktionen und Engagement für Toleranz und Vielfalt und gegen Rassismus und Fremdenhass werden aktuell bleiben. Auch Aktivitäten, die sich zunehmend in die Mitte der Gesellschaft zu schieben versuchen, wie zum Beispiel Islamhass und das Schüren von Ängsten gegen „Fremdes“, Antisemitismus und Verschwörungstheorien, Homophobie und der Missbrauch alternativer Jugendkulturen, bewegen sich in den Grauzonen der Gesellschaft und gefährden den Zusammenhalt.

Wir wollen deshalb das breite Bündnis „Mannheim gegen Rechts“ auch weiterhin unterstützen. Seine Aufklärungsarbeit tut Not und wird immer komplexer. Auch in der Musikszene entwickeln sich zunehmend Bereiche, über die aufgeklärt werden muss, weil sie die Tür zu rechtem und rassistischem Gedankengut öffnen und dabei wie der „Wolf im Schafspelz“ auftreten.

Ein NS-Dokumentationszentrum haben wir bereits beantragt. Die Debatte um die Ehrenbürgerschaft von Heinrich Vetter und die Studie über die Arisierung in Mannheim haben gezeigt: Hier gibt es noch viel aufzuarbeiten und die Informationen müssen der Öffentlichkeit und den zukünftigen Generationen zugänglich gemacht werden. Wir halten es nach wie vor für angebracht einen geeigneten zentralen Raum für ein solches Dokumentationszentrum einzurichten.

Verschiedene Ereignisse haben gezeigt, dass nicht alle Mannheimer Vereine erkennen, wer sich manchmal in ihren Nebenzimmern versammelt. Hierzu bedarf es anhaltender Aufklärung. Hohe Aufmerksamkeit brauchen auch die sich wiederholenden Versuche extremrechter Protagonisten, in der Fußballfanszene für ihre Inhalte zu werben. Wir unterstützen Projekte, die sich gegen Rassismus und Intoleranz in der Fanszene aufstellen.

Aber auch unter den Migrant_innen sind Gruppen entstanden, die sich vorgeblich Integration auf der Fahne geschrieben haben, aber mit zum Teil extrem nationalistischem und demokratiefeindlichem Gedankengut operieren. Auch darüber muss im Sinne der Integration aufgeklärt werden.

Der Demokratie Leben einhauchen

Parteienverdruss und Vertrauensverlust senken Wahl- und Beteiligungsbereitschaft und gefährden die Demokratie. Will die Stadt eine Zukunft haben, braucht es eine breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte. Die Stadtgesellschaft kann viel zur Wiederbelebung der Demokratie beitragen. Breite Beteiligung und Stärkung der frühzeitigen Mitsprache auf allen Ebenen helfen als Angebote mit, das Vertrauen wiederherzustellen, um die Stadtgesellschaft zu stärken. An zentraler Stelle im Selbstverständnis und in den Zielen einer Stadtverwaltung müssen der Dienst für die Bürger_innen sowie die Umsetzung der Ziele und Beschlüsse der demokratischen Gremien stehen. Seit der letzten Kommunalwahl 2009 hat sich dazu einiges getan. Aber wir sind noch im „Training“. Nun gilt es mutig weitere Schritte anzugehen und die Qualität der Beteiligung zu erhöhen.

Zukunft braucht Beteiligung

2011 wurde unser Antrag zur Einführung eines Beteiligungshaushalts mit den dafür notwendigen Projektgeldern aufgenommen. Leider wurde nichts davon umgesetzt. Den Bürger_innen den Haushalt verständlich zu machen und ihnen ein Stück weit Verantwortung dafür zu übertragen halten wir nach wie vor für einen notwendigen und richtigen Weg.

Ob BUGA-Planungsgruppen, Stadtteilkonferenzen oder Bürger_innenversammlungen: der Weg der Partizipation ist immer dann der richtige, wenn die Qualität von Entscheidungen erhöht und Betroffene eingebunden werden sollen. Dafür müssen Mittel in der Verwaltung zur Verfügung stehen. Die Einigung auf Landesebene zur Erleichterung von Bürger_innenbegehren begrüßen wir ausdrücklich.

Kommunikation mit allen – Information für alle

Bisher gibt es leider noch keine offene und modulierte digitale Diskussionsplattform der Stadtverwaltung mit der Möglichkeit für die Bürger_innen, Anregungen und Beschwerden zu einzelnen Themenbereichen abzugeben. Hier würden wir uns eine





Foto: flickr analox&admiré

stärkere Aktivität ebenso wie in den sozialen Medien wünschen. Vor allem junge Menschen sind auf diese Weise besser zu erreichen.

Informationen vor allem auch der städtischen Ämter müssen gleichberechtigt allen Bürgerinnen und Bürgern offen und frei zur Verfügung gestellt werden. Transparenz und Zugang zu Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die Meinungs- und Willensbildung und ebenso für Teilhabe und Mitbestimmung.

Das Ehrenamt würdigen

Es liegt im Interesse der Stadt, ehrenamtliches Engagement in allen Bereichen so zu fördern, dass es nachhaltig gestärkt wird. Die Förderung der Ehrenamtlichen muss durch wirkungsvolle kommunale Maßnahmen gestützt werden. Dabei sind die Schaffung und der Ausbau von Netzwerken ebenso von Bedeutung wie die Motivierung Ehrenamtlicher durch öffentliche Anerkennung und Würdigung.

Kommunale Politik stärken

Die Arbeit des Gemeinderates und seiner Ausschüsse muss noch transparenter werden. Dabei kann auch das städtische Medienteam helfen. Der

Rat könnte gelegentlich seinen Tagungsort wechseln und möglichst themenbezogen auch außerhalb des Ratsaales in den Stadtteilen tagen. Politik machen heißt auch zuhören und Probleme erkennen. Die ehrenamtlichen Gemeinderät_innen müssen dafür die Zeit bekommen, dafür müssen adäquate Formen gefunden werden.

Wir GRÜNE setzen uns seit vielen Jahren dafür ein, die Arbeit der Bezirksbeiräte neu zu organisieren. Seit Beginn dieses Jahres läuft das neue BBR-Modell, das sich unserer Meinung nach zu einem großen Teil bewährt hat. Die Evaluation muss jetzt schnellstmöglich erfolgen, um dort nachzusteuern zu können, wo es noch hakt. Mehr Öffentlichkeitsarbeit für die Arbeit der Bezirksbeiratsgremien und die Vergabe der BBR-Budgets tut Not. Hier müssen die ehrenamtlichen Bezirksbeiräte unterstützt werden.

Wir begrüßen das Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren. Spezielle Veranstaltungen sollen den Jungwähler_innen Zugang zu den kommunalpolitischen Themen verschaffen. Verstärkte Kampagnen zur Einbürgerung können dazu beitragen, dass sich der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Beteiligung und der Nutzung des aktiven Wahlrechts erhöht und dass der nächste Gemeinderat besser die bunte Stadtgesellschaft widerspiegelt.



PLATZ FÜR: SPORT.FREIZEIT.GESUNDHEIT

Eine lebendige Freizeit- und Sportkultur weiterentwickeln

In Zeiten des demografischen Wandels stehen Sportvereine wie alle Akteure im Freizeit- und Sozialbereich, die auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind, vor besonderen Herausforderungen. Verlängerte Schulzeiten, komprimierte Schul- und Ausbildungsgänge und die zahlenmäßige „Ausdünnung“ nachwachsender Geburtsjahrgänge erschweren Kindern die Teilnahme an Sport- und Freizeitangeboten und Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Engagement als Trainer_innen. Hier kann die Stadt den Vereinen durch eine Anpassung der kostenfreien Überlassungszeiten der städtischen Sportstätten und -hallen für den Kinder- und Jugendsport an die veränderten zeitlichen Rahmenbedingungen helfen.

Auch die Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich muss intensiviert werden. Bei letzterem haben wir zum Beispiel schon ein Kooperationsmodell zwischen dem Fachbereich Bildung und dem Sportkreis vereinbart. Mit Leben und wohl auch dem nötigen Geld muss dieses vereinbarte Modell aber noch gefüllt werden. Andererseits wird der steigende Anteil erfreulich gesunder und aktiver Senior_innen auch in unserer Stadt die Nachfrage nach für diesen Lebensabschnitt geeigneten Freizeit- und Sportmöglichkeiten erhöhen und die Landschaft des Mannheimer Sport- und Freizeitlebens mit verändern. Dies bedingt auch einen Wandel bei den Vereinen, die sich neuen Anforderungen gegenüber sehen, von der vereinsgetragenen Kindertagesbetreuung bis hin zu Kooperationen mit Akteuren der Altenhilfe. Hier sollte die Stadt gerade den organisierten ehrenamtlichen Sport bei der Weiterentwicklung und Qualifizierung der Vereinstrukturen unterstützen.

Aus unserer Sicht gilt es dabei kritisch anzumerken, dass die bei vielen Vereinen feststellbare Tendenz, ihre Attraktivität für Kinder und Jugendliche über Kunstrasenflächen zu definieren, nicht nur aus ökologischen, sondern vor allem auch aus ökonomischen Gründen bedenklich ist. Der organisierte Sport ist gefordert, dieser kritischen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wir trauen dem Mannheimer Sport auch weiterhin eine große Bindungs- und Integrationskraft im Kinder- und Jugendbereich über alle Moden hinweg zu. Wir erleben hier ein ungeheuer starkes personales Angebot und Enga-

gement, das wir von politischer Seite nach Kräften fördern und unterstützen. Genau diese personal orientierte Bindungs- und Integrationskraft benötigt unsere Stadt, um den demografischen Wandel und die Integration hoffentlich vieler Neubürger_innen zu meistern.

Der organisierte Sport hat die Konversion in Mannheim als Herausforderung und Chance für die eigene Weiterentwicklung verstanden und angenommen. Als Herausforderung, weil der Entwicklungsbedarf auf den Konversionsflächen, insbesondere auf Benjamin-Franklin und Coleman, nach einer gesamtstädtischen Planungsperspektive verlangt. Diese stellt zwangsläufig vieles, zum Beispiel im Bäderbereich, auf den Prüfstand. Als Chance, weil die realistische Chance auf einen Grünzug Nordost dem Sport- und Freizeitverhalten sowie der Weiterentwicklung der Sportvereine dort gute Perspektiven ermöglicht. Dieses Engagement, das der organisierte Sport in seiner Zu- und Mitarbeit im Konversionsprozess bereits bewiesen hat, hat eine möglichst große und zügige Planungssicherheit verdient. Nicht nur, was seine weitere umfassende Beteiligung im weiteren Konversionsprozess angeht, sondern auch, was die räumliche und finanziellen Ressourcen betrifft, die für das Thema Sport und Freizeit im Rahmen der Konversion zur Verfügung stehen werden.

Der 48er wird allen gerecht

Die Initiative rund um den 48er Platz ist seit vielen Jahren vorbildlich und sehr erfolgreich aktiv. Sie hat den Platz in vielfältiger Weise verbessert, so dass bis heute ein allengerechter Raum auf dem Almenhof erhalten bleiben konnte. Dieser Platz muss Bestand haben. Dazu gehört eine vernünftige Toilettenanlage. Etwaige andere Lösungen erscheinen vielleicht im ersten Moment günstiger, doch wenn dieser Platz – wie von allen Fraktionen gewünscht – erhalten bleiben soll, müssen wir gemeinsam eine Lösung finden, die auch über Jahre hinaus Bestand haben kann.

Gesundheit für alle

Mit der Etablierung der „Gesundheitskonferenzen“ hat die baden-württembergische Landesregierung einen innovativen Weg gewählt, um die interdiszi-



plinäre Vernetzung der für die Themen der körperlichen, geistigen und seelischen Gesundheit im weitesten Sinne bedeutsamen Akteure und Institutionen zu stärken. Die Stadt und ihr Fachbereich Gesundheit haben ebenfalls einen ersten Aufschlag gemacht, der richtigerweise die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt unter der Perspektive Gesundheit intensiver in den Blick genommen hat. Krankenversicherung und -versorgung für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien, frühe Hilfen, Suchtprävention und Frühintervention sowie bessere Zusammenarbeit von Kindergarten/Schule, Jugendhilfe und Gesundheitswesen bleiben über eine erste kommunale Gesundheitskonferenz weiter auf der Agenda. Viele andere gesundheitliche Vernetzungsthemen bedürfen weiterhin der Fokussierung durch eigene Gesundheitskonferenzen. Die Vernetzungsprozesse müssen allerdings verstetigt werden, damit nicht nur alte Strukturen entfallen, sondern die neuen Formen echte Wirkung entfalten!

Dabei hat Mannheim gute Ressourcen, diese Vernetzungen tragfähig und dauerhaft auszurichten. Im Bereich der frühen Hilfen ist die Kommunikationskultur weit gediehen. Und im Bereich der Gesundheitsförderung an Grund- und Förderschulen verfügt Mannheim mit dem bundesweit sehr gut etablierten Projekt „Klasse 2000“ über eine Plattform, auf der Kinder im Grundschulalter niederschwellig und motivierend sowie – wie aussagekräftige Evaluationen belegen – mit nachhaltigem Erfolg gesundheitsförderliches Verhalten und präventives Wissen erlernen. Diese Plattform erreicht in ihrer „Flächendeckung“ nahezu alle Grundschulkinder in Mannheim. Damit belegt Mannheim bundesweit mit Abstand einen Spitzenplatz. Sie soll abgesichert und weiter entwickelt werden. Wie die Lions mit „Klasse 2000“ dankenswerter Weise ein nachhaltiges Projekt der Gesundheitsförderung in Mannheim vorangetrieben haben, so sind die freien Träger der Jugendhilfe gerade dabei, die Suchthilfelandshaft durch intensive Kooperation auf nachhaltige und zukunftsfähige Beine zu stellen.

Wir begrüßen die Anstrengungen des städtischen Haushaltes, die medizintechnische Fortentwicklung unserer Universitätsmedizin in Mannheim zu stärken und zum Beispiel durch die Finanzierung eines Pilotinkubators die Gründung eines Fraunhofer Institutes für Medizintechnik voranzutreiben. Wir machen uns jedoch große Sorgen, nicht nur über die weitere Entwicklung der Medizinischen Fakultät an der UMM, sondern vor allem auch über die stetig zunehmende Arbeitsverdichtung bei den Mitarbeiter_innen an der UMM. Diese droht in ihrer Konsequenz die Qualität der Krankenversorgung auf Dau-

er zu gefährden. Beide Sorgen nehmen wir zum Anlass, auch an dieser Stelle bei den Verantwortlichen auf Landesebene eine tragfähige Lösung für die künftige Kooperation von Fakultät und Klinikum und bei der künftigen Bundesregierung eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulmedizin anzumahnen.

Die neue Aidshilfe KOSIMA ist erfolgreich gestartet. Wir unterstützen sie, auch bei der Forderung nach einer angemessenen Ausstattung.

Weltweite Partnerschaften – Impulse für nachhaltige Entwicklung

Mannheim profitiert in vielfältiger Weise von seinen Partnerschaften mit anderen Städten weltweit. Nicht nur, was Ökonomie und Image angeht. Vor allem menschlich kommen immer neue Verbindungen zustande, die den Gedanken einer friedlichen und solidarischen Weltgemeinschaft voranbringen. Wir haben gelernt, mit unseren unterschiedlichen Partnern Freude und Leid zu teilen und wissen auch um deren Anteilnahme an dem, was uns hier in Mannheim bewegt. Vor allem unsere kommunalen Partner schauen auf uns, wie wir mit den großen Themen unserer Zeit wie zum Beispiel dem demografischen Wandel, Migration oder Klimawandel umgehen. Dies alles bewältigen wir neben unseren lokalen Herausforderungen durch die Konversion. Wie wir mit Flüchtlingen umgehen, wie wir uns um einen fairen Handel und ein faires Beschaffungswesen bemühen, welche Integrationskraft unsere Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule entfalten, wie wir das Miteinander der Menschen und Institutionen in unserer Stadt weiter entwickeln, dies alles ist auch für unsere Partnerkommunen und ihre Bürger_innen von Bedeutung. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen der Stadtverwaltung ausdrücklich, neben der strategischen Ausrichtung der internationalen Beziehungsarbeit auch verstärkt die zivilgesellschaftlichen Akteure und Institutionen bei ihren partnerschaftlichen Aktivitäten zu unterstützen und mit den eigenen internationalen Aktivitäten zu koordinieren.

Besonders interessant finden wir, dass aktuell mit Hilfe des Mentorenprogramms der Landesregierung zur Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg von Mannheim aus die Aktivitäten von Migrant_innen und ihren Verbänden im Bereich des partnerschaftlichen internationalen Austausches und des Engagements für Nachhaltigkeits- und Agendathemen analysiert, unterstützt und vernetzt werden. Hier regen wir eine Vernetzung mit den städtischen Partnerschaftsaktivitäten an.



PLATZ FÜR: STADT.VERWALTUNG.POLITIK



Foto: Privat

Personalentwicklung und Gesundheit

Viele denken beim Stichwort Personalentwicklung an Fort- und Weiterbildungsprogramme für Führungskräfte. Strategische Personalentwicklung geht aber weit darüber hinaus.

Zunächst gilt es zu klären, welche Ziele die Stadtverwaltung verfolgt und welche Aufgaben daraus

erwachsen. Daraus entsteht eine Organisationsentwicklung, die diese Ziele mit Stellen hinterlegt. Und am Ende steht die Entwicklung der Kompetenz der einzelnen Mitarbeiterin bzw. des einzelnen Mitarbeiters, um diesen Anforderungen und Aufgaben gerecht zu werden. Dies alles muss in einem Rahmen geschehen, die die Arbeit der einzelnen bzw. des einzelnen würdigt und auf ihre speziellen Bedürfnisse eingeht sowie den Verlust von Kompetenzen und Erfahrungen minimiert.

Die Stadt Mannheim wird in Zeiten des demografischen Wandels in den kommenden Jahren vor besondere Herausforderungen gestellt. Erfahrene Kolleg_innen werden uns verlassen, neue Aufgaben kommen zu den bestehenden hinzu, Veränderungen in der Stadtgesellschaft bedingen Veränderungen in der Verwaltung. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass fachliche Kompetenzen für die Nachwuchskräfte erhalten und weitergegeben werden können.

Die Stadt Mannheim wird sich in den kommenden Jahren in einer starken Konkurrenz mit der Wirtschaft um Auszubildende befinden. Die Vereinbarung zur Übernahme der Auszubildenden ist ein wichtiger Schritt, um dem demografischen Wandel zu begegnen und Nachwuchskräfte zu gewinnen. Noch stärker öffnen muss sich die Verwaltung aber für Auszubildende mit Migrationshintergrund, will sie in ihrer Zusammensetzung ein Abbild der Gesellschaft werden.

Beim Thema familiengerechte Personalpolitik ist die Verwaltung häufig schon weiter als Unternehmen. Die Wirtschaft tut sich hier noch schwer, die Verwaltung geht als Vorbild voran.



Auch in Zukunft müssen die Angebote zur Fort- und Weiterbildung ausgebaut werden. Alle Mitarbeiter_innen sollen dazu angehalten werden, diese auch zu nutzen. Ebenso gilt es, die Gesundheitsvorsorge weiter zu intensivieren.

Von gemeinderätlicher Seite aus muss dem Thema Personal wieder mehr Beachtung geschenkt werden. Personalentscheidungen müssen an prominenter Stelle diskutiert und entschieden, strategischer Personalentwicklung muss genügend Zeit eingeräumt werden. Das Thema Personal ist zu wichtig, um am Ende einer langen Hauptausschusssitzung versteckt zu werden.

Der Verwaltungsumbau – CHANGE im Quadrat

Der Verwaltungsumbau ist so gut wie abgeschlossen, vereinzelt harren Projekte noch ihrer Evaluierung. Erfolg und Misserfolg lagen nahe beieinander, ein generelles Urteil ist schwierig. Grundsätzlich können wir feststellen, dass es einen Wandel im Bewusstsein vieler Verwaltungsmitarbeiter_innen auf allen Ebenen gegeben hat. Die Bereitschaft zur Veränderung bzw. zur Weiterentwicklung ist gewachsen. Inwieweit es eine Veränderung in der Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Verwaltungsspitze gegeben hat wird sich in den kommenden Monaten zeigen, wenn der Übergang vom Lenkungsausschuss CHANGE_ zum Nachfolgegremium erfolgt.

Positiv hervorheben wollen wir einzelne Projekte, ohne den teilweise erheblichen Erfolg der anderen schmäler zu wollen: den Aufbau des Immobilienmanagements, die Reform der Gemeinderats- und Bezirksbeiratsarbeit, die Reform der Bürger_innendienste, die Internationalisierung der Stadt Mannheim, die Einführung des NKHR, die Stadtteilorientierung, die Bürger_innenbeteiligung, das Integrationskonzept sowie die neue Wirtschaftspolitische Strategie.

Beteiligungen brauchen Ziele

In den Zieldiskussionen zur Vorbereitungen des Haushalts wurde deutlich, dass die Ziele der Städtischen Gesellschaften bislang nicht diskutiert wurden. Dies halten wir für problematisch und sehen neben der m:con insbesondere auch beim Stadtmarketing und dem Kontaktbüro zur Landesregierung in Stuttgart die Notwendigkeit, Zuschusszahlungen mit Zielen zu verknüpfen, so wie dies auch anderswo im Haushalt gilt.

Die Arbeit des Gemeinderats

Auch die inhaltliche Arbeit des Gemeinderats wurde auf eine neue Ebene gestellt. Ziele und Kennzahlen sind als Richtschnur für Politik und Verwaltung grundsätzlich akzeptiert und akzentuiert. Wir sind nun gespannt, wie über die in der Verwaltung erarbeiteten und vom Gemeinderat beschlossenen Ziele und Kennzahlen wirkungsorientierte Steuerung stattfinden kann. Erst in den nächsten Jahren, wenn Zeitreihen vorliegen, wird man die Effektivität wirklich bewerten können.

Klar ist für uns, dass der Gemeinderat als (nicht nur strategisches) Kontrollgremium stärker gefragt sein wird. Wie können Ziele verändert oder angepasst werden? Wie kann der Gemeinderat auch auf kurzfristige gesellschaftliche Veränderungen Einfluss nehmen? Politik muss weiterhin Ideengeber und Kontrollinstanz sein und sich, wenn notwendig, in das Verwaltungshandeln einmischen. Gemeinderat und Verwaltung haben unterschiedliche Aufgaben und müssen sich gegenseitig abgrenzen. Einen Gemeinderat als Erfüllungsgehilfe der Verwaltung wird es mit uns nicht geben.

Ein neues Dezernat punktet für die Zukunft

Grundlegend verändert hat die Verwaltung das neue Umwelt- und Bürger_innendezernat, das zu Beginn des Jahres seine Arbeit aufgenommen hat. Mit dem Geschäftskreis aus Bürger_innendiensten, Migration und Einbürgerung, Umwelt, Grünflächen, Abfallwirtschaft, Stadtentwässerung und Friedhöfen ist das Dezernat ganz nah an den Bürger_innen unserer Stadt. Es macht die Themen nach außen sichtbar, mit denen Mannheim in Zukunft stärker punkten muss, will es im Wettbewerb der Städte bestehen: Ökologie und Bürger_innenbeteiligung.

Trotz der schwierigen Bedingungen, unter denen die Arbeit starten musste, hat das Dezernat die Schwerpunkte gesetzt, die von ihm erwartet wurden. Die hervorragende Arbeit der drei Eigenbetriebe haben wir schon an anderer Stelle gewürdigt. Die Bürger_innendienste haben – unter anderem mit der Einführung der zentralen Servicenummer 115 – eine noch stärkere Serviceorientierung erhalten, das Integrationskonzept läuft hervorragend, die Unterhaltung der städtischen Grünlagen wurde nach vielen Jahren endlich wieder gestärkt – auch personell.



SCHLUSSBEMERKUNG UND DANKSAGUNG

**Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,**

die im kommenden Jahr anstehenden Kommunalwahlen sowie die 2015 stattfindenden OB-Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Die Verwaltung hat sich bemüht, einen Haushalt ohne Ecken und Kanten vorzulegen. Das gute Ergebnis der vergangenen Jahre sowie die positiven Konjunkturprognosen haben es möglich gemacht einen Haushalt vorzulegen, der einige Wünsche erfüllt und ohne Kürzungen auskommt.

Zu kurz springt dieser Haushalt aber bei den großen Herausforderungen, die auf uns in der Ökologie und der gesellschaftlichen Entwicklung, der Finanzpolitik und der Stadtentwicklung zukommen. Hier braucht es eine qualitative Weiterentwicklung der bestehenden Ansätze.

Zu kurz springen dieser Haushalt aber auch bei der Beteiligung der Bürger_innen. Wir halten es für bedenklich, dass die Verwaltung nicht dazu bereit ist, einen Beschluss der Gemeinderats umzusetzen und einen Beteiligungshaushalt zu installieren.

In den letzten Haushaltsberatungen konnten – dank der Gewerbesteueranpassung – viele wichtige Projekte angestoßen, werden die auch in diesem Haushalt Bestand haben. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen und maßvoll im Haushalt umsteuern.

**Sehr geehrte Damen
und Herren,**

auch in diesem Jahr möchte ich mich im Namen der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihre wertvolle Arbeit und ihre große Unterstützung bedanken.

Dank sagen möchte ich besonders der Kämmerei, die auch in diesem Jahr mit großem Engagement die Grundlage für unsere Beratungen geliefert hat.

Persönlich bedanken möchte ich mich bei meiner Fraktion für ihre hervorragende Arbeit besonders dafür, dass diese Rede so fachlich fundiert und inhaltlich vielfältig wurde. Ebenso gilt mein persönlicher Dank unserer GRÜNEN Dezernentin, durch die wir die Tätigkeit der Verwaltung in einer ganz neuen, besonderen Perspektive sehen durften! Danken möchte ich ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GRÜNEN Fraktionsgeschäftsstelle für ihre überaus fachliche Unterstützung und ihr großes Engagement.

Mein Dank gilt aber besonders den Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihrem Engagement unsere Stadt so liebenswert machen.

Als Gemeinderäinnen und Gemeinderäte haben wir ein großes Privileg. Wir dürfen Mannheim und seine Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Weise kennen lernen und uns für die verschiedenen Belange einsetzen. Lassen Sie uns in diesem Sinne zum Wohle unserer Stadt wirken.

So hoffe ich auf gute und produktive Haushaltsberatungen, die von großer Fachlichkeit geprägt sein mögen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



PLATZ DA! FREIRÄUME GRÜN GESTALTEN! ETATREDE 2014/2015

Es gilt das gesprochene Wort.

Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat
Rathaus E5 · 68159 Mannheim

Telefon: 0621-293 9403
Telefax: 0621-15 61 800
E-Mail: gruene@mannheim.de
Internet: www.gruene-fraktion-mannheim.de

